

Frauen wählen. Frauen stärken. Land gestalten.
Landtagswahl 2026

Frauen und Frauengeschichte sichtbar machen
Einladung zur Mitwirkung an der Digitalen
Landkarte der Frauenerinnerungsorte in BW

Mut zur Kontroverse
Komplexe Themen aktiv bearbeiten

Gewalt vorbeugen – Zukunft gestalten
Dokumentation des Fachtags »Vorsorge statt
Nachsorge: Gewaltprävention zahlt sich aus«

Delegiertenversammlung des LFR BW am 21.03.2025
Die Stimme von über zwei Millionen Frauen

FRAUEN WÄHLEN.

FRAUEN STÄRKEN.

LAND GESTALTEN.



Save the Date!

- + **Delegiertenversammlung**
Freitag 20. März 2026
13.00 – 16.30 Uhr
- + **Fachtag »Mobilität fair gestalten. Gleichberechtigt unterwegs. Frauen im Fokus.«**
Freitag 17. April 2026
13.00 – 17.00 Uhr
- + **Delegiertenversammlung**
Freitag 13. November 2026
13.00 – 16.30 Uhr

03 Editorial

Rückblick auf das Jahr 2024

- 04 75 Jahre Grundgesetz – ein Jubiläum mit Blick in die Zukunft
- 05 Landesgesundheitskonferenz 2024
- 06 Gleichstellungsstrategie: Ideen entfalten erst durch Umsetzung Wirkung

Rückblick auf das Jahr 2025

- 07 Klausursitzung des Vorstandsteams des LFR BW
- 08 Gewalt in den Mittelpunkt stellen – ohne Prävention keine Intervention
- 10 Delegiertenversammlung des LFR BW am 21.03.2025
- 14 Öffentlichkeit ist kein Selbstläufer – Pressearbeit macht uns sichtbar
- 15 Girls' & Boys' Day: Mehr Zulauf bei der Berufsorientierung – aber weiterhin Ideen zur Verbesserung

Begegnungen und Austausch 2025

- 16 LFR BW beim Neujahrsempfang der Landesregierung im Januar 2025
Gespräch mit Sozialminister Manne Lucha MdL und Staatssekretärin Dr.in Ute Leidig MdL
- 17 Forderungen für eine geschlechtergerechte Mobilität – Austausch mit Staatssekretärin Elke Zimmer MdL
- 18 Führungen durch die Ausstellung »STAND UP! Feministische Avantgarde« in der Staatsgalerie
- 19 DGB-Bezirksfrauenkonferenz BW positioniert sich geschlossen
- 20 LFR BW im Austausch mit Innenminister Thomas Strobl zum Landtagswahltermin 2026
- 21 Im Gespräch mit CDU-Fraktionsvorsitzendem Manuel Hagel MdL und der frauenpolitischen Sprecherin Isabell Huber MdL
- 22 Jubiläum 60 Jahre pro familia
Austausch mit Jasmina Hostert MdB, SPD
- 23 Austausch mit Simone Fischer MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bleiben dran – Schwierige Themen brauchen klare Antworten

- 23 Die Stellungnahmen und offenen Briefe des LFR BW inklusive Anhörung im Landtag BW
- 24 Fachtag »Vorsorge statt Nachsorge: Gewaltprävention zahlt sich aus«
- 25 Landesweiter Fachtag »Armut und Teilhabe«
- 27 Konferenz der Landesfrauenräte 2025 in Halle an der Saale
- 28 Bündnis gegen Sexismus: Schwerpunkt »Sexismus & KI in der Arbeitswelt«
- 29 Digitale Landkarte der Frauenerinnerungsorte
- 30 Zusammenfassung der AG's und AK's des LFR BW

Geschlechtergerechte Schreibweise im Rundbrief: Der LFR BW verwendet bei der geschlechtsbezogenen Be- und Kennzeichnung von Personengruppen den Doppelpunkt (:), um alle Menschen einzubeziehen.



Erste Vorsitzende Prof.in Dr. Ute Mackenstedt



Zweite Vorsitzende Verena Hahn

Liebe Leser:innen,

auf einer modischen Welle, auf der der Feminismus sich unter den beliebtesten Themen tummelt, befinden wir uns nicht. Der Feminismus erscheint manchen als **angestaubt** und überholt: »Was wollen diese Frauen denn noch? Es wurde doch schon so viel erreicht.« Schlimmer noch ist die Ablehnung der Gleichstellung: »Jetzt ist aber mal gut. Was wird denn für die Männer gemacht?« Die Missstände wurden während der Corona-Pandemie sichtbar, wir erleben die Rückschritte nun auf breiter Front: Kürzungen und Streichungen in der Gleichstellungsarbeit. Angriffe auf Frauen, die sich für Frauenrechte einsetzen, sei es physisch oder verbal. Ablehnung, Missstände zu diskutieren oder Mythen auszuräumen. **Wir begehren auf. Und mit uns sehr viele.**

Nicht nur, weil es noch viele Missstände, insbesondere patriarchale Strukturen gibt, die sich nur zäh überwinden lassen. Nicht nur, weil wir eine Zunahme von aggressiver und nationalstaatlicher Politik und eine Neigung zu Autokratien beobachten. Sondern im Gegenteil, **weil es sich lohnt, weil vieles differenzierter betrachtet wird.** Die Forschung hat vieles ziseliert, was als undefinierte Masse oder verschleierte Mythen existierte. Beispielsweise die Ursachenforschung zur Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt von Claudia Goldin, die mit dem Nobelpreis in der Kategorie Wirtschaftswissenschaften im Jahr 2023 ausgezeichnet wurde. Beispielsweise die zunehmende Anzahl von Forschungsinstituten an Universitäten zur geschlechtersensiblen Medizin, die die Frauengesundheit gesondert in den Blick nimmt. Wir schauen nicht mehr nur auf die strafbare Gewalttat, sondern vermehrt auf den Schutz der Opfer, auf Prävention und die Täterarbeit.

Hinzu kommen viele junge Frauen, die sich entschieden und mit einer außergewöhnlichen Energie, Fantasie und Bandbreite von Aktionen für Frauenrechte einsetzen und gegen Sexismus und ungleiche Machtverteilung aufbegehren. Darüber hinaus ziehen viele Männer eine für sie selbst entspanntere, weniger dominante Haltung gegenüber Frauen vor. Wenn sich dies auch in mehr Männergruppen durchsetzen würde, gewinnen alle Männer.

Es wird aber auch entscheidend sein, dass Antifeminismus und Chauvinismus als Gefahren für unsere politische Ordnung verstanden werden, denn sie greifen die Grundfesten unseres Miteinanders an. Nicht die Demokratie bestimmt die Geschlechterordnung, sondern die **tatsächliche Geschlechterordnung formt die politische Ordnung.** Wollen wir eine stabile demokratische Ordnung, brauchen wir eine gleichberechtigte Geschlechterordnung als Fundament. Dafür setzen wir uns alle im Landesfrauenrat Baden-Württemberg ein. Zusammen, sichtbar, klar. Der **Staub** konnte sich nie ansetzen, denn Demokratie ist kein Begriff zum Abhaken, sie wird immer von unserem Einsatz für sie abhängig sein.

Mit herzlichen Grüßen Ihre

U. Mackenstedt

Prof.in Dr. Ute Mackenstedt
Erste Vorsitzende

Verena Hahn

Verena Hahn
Zweite Vorsitzende



Rückblick auf das Jahr 2024

75 Jahre Grundgesetz – ein Jubiläum mit Blick in die Zukunft

75 Jahre Grundgesetz – 55 Jahre Landesfrauenrat Baden-Württemberg –
30 Jahre Gleichstellungsgebot im Grundgesetz

Am 16. November 2024 feierte der Landesfrauenrat Baden-Württemberg (LFR BW) im Atelier am Bollwerk in Stuttgart das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes – ein historischer Meilenstein, der Anlass zu Reflexion, Austausch und politischer Positionierung bot. Gleichzeitig markiert das Jahr 2024 zwei weitere wichtige Jubiläen: 55 Jahre LFR BW und 30 Jahre seit der Aufnahme des Gleichstellungsgebots in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes.

In gemütlicher Atmosphäre mit Kaffee und Kuchen – ermöglicht durch den Projektzuschuss »100 Köpfe der Demokratie« der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus – kamen wir mit den Gewinnerinnen unserer Kinokarten-Verlosung zusammen, um gemeinsam den Film »Sternstunde ihres Lebens« zu sehen. Der Film porträtiert eindrucksvoll das Wirken von Elisabeth Selbert, einer der vier »Mütter des Grundgesetzes«, die 1948/49 als Mitglied des Parlamentarischen Rates den Gleichheitsgrundsatz mit ungeheurem politischen Geschick und Durchhaltevermögen durchsetzte.

Elisabeth Selbert formulierte den heute bekannten Satz »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« und kämpfte dafür, dass er nicht nur als Leitgedanke, sondern als verbindlicher Grundrechtsartikel ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Gegen erheblichen Widerstand initiierte sie eine breite öffentliche Protestwelle – getragen vom Frauensekretariat der SPD, überparteilichen Frauenverbänden, Kommunalpolitikerinnen und Berufsverbänden. Und das mit Erfolg! Am 18. Januar 1949 wurde der Gleichheitsgrundsatz einstimmig angenommen. Ein Meilenstein in der Geschichte der Gleichberechtigung in Deutschland.

Im Anschluss an den Film führte unsere Erste Vorsitzende, Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, in das Thema ein. Es folgte eine engagierte Diskussionsrunde unter Leitung der Zweiten Vorsitzenden Verena Hahn mit der Bundestagsabgeordneten Leni Breymaier (SPD) sowie den Landtags-



abgeordneten Stefanie Seemann (Bündnis 90/Die Grünen), Julia Goll (FDP) und Isabell Huber (CDU). Thematisiert wurden aktuelle frauenpolitische Herausforderungen – darunter die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg, das geplante Gewalthilfegesetz sowie die Debatte um die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Trotz 75 Jahren Gleichberechtigungsanspruch im Grundgesetz ist die **tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern noch immer nicht erreicht**. Frauen sind in politischen Ämtern, Führungspositionen und Entscheidungsstrukturen weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Diese geringe Repräsentanz hat konkrete Auswirkungen, etwa auf die unzureichende Umsetzung der Istanbul-Konvention oder die mangelnde Entgelttransparenz in vielen Branchen.

Deshalb gilt heute wie damals: Demokratie braucht Feminismus und Gleichberechtigung. Nur durch echte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen kann unsere Demokratie ihre volle Kraft entfalten.

Bild oben v.l.: Erste Vorsitzende Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, Isabell Huber (CDU), Stefanie Seemann (Bündnis 90/Die Grünen), Julia Goll (FDP), Dr.in Birgit Buschmann (Referatsleiterin Wirtschaft und Gleichstellung im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus BW), Leni Breymaier (SPD), Zweite Vorsitzende Verena Hahn

Landesgesundheitskonferenz 2024

»Gesund aufwachsen« – Fokus auf Kinder- und Jugendgesundheit

Am 27. November 2024 fand die Landesgesundheitskonferenz unter dem Motto »Gesund aufwachsen« in Stuttgart statt. Sie wurde vom **Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg** veranstaltet. Die Konferenz bot mit einem öffentlichen Vormittags- sowie einem nicht öffentlichen Nachmittagsteil einen breiten Austausch zwischen Politik, Fachpraxis, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.

Nach der Begrüßung durch **Sozial- und Gesundheitsminister Manfred Lucha MdL** verteilten sich die Teilnehmenden auf mehrere Fachforen, die sich der sektorübergreifenden Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen widmeten. Im Zentrum standen dabei innovative Ansätze, bewährte Modelle und gemeinsame Herausforderungen.

Ein besonders beachtetes Beispiel war das Projekt »**JO-KER**«, ein Online-Coaching in der Primärversorgung, initiiert von der **Universitätsklinik Tübingen** in Kooperation mit dem **Gesundheitsnetz Heuberg**. Die Stärke dieses Projekts: Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf werden frühzeitig im System erkannt, begleitet und können so deutlich schneller versorgt werden.

In allen Fachforen wurde deutlich: Damit Kinder und Jugendliche gesund aufwachsen können, braucht es ein Zusammenspiel verschiedener Akteur:innen, von Gesundheitsdienstleistern über Schulen, Kitas und Kindergärten bis hin zu digitalen Angeboten. Die Teilnehmer:innen waren sich einig: Gesundheitsversorgung muss die Lebenswelten der Kinder erreichen, niedrigschwellig, vernetzt und zukunftsfähig.

Nicht öffentlicher Teil – Strategieentwicklung und Fachdialog

Im Anschluss tagte die nicht öffentliche Landesgesundheitskonferenz. Auch hier führte Minister Lucha MdL in die Tagesordnung ein. Zahlreiche strategische Themen standen auf der Agenda:

- > **Gesundheitskompetenz stärken:** Organisationelle und individuelle Gesundheitskompetenz sollen verbessert werden – mit Fokus auf digitale Fähigkeiten und den selbstbestimmten Umgang mit Gesundheit.
- > **Gesunde Lebenswelt Schule:** Gesundheit und Bildung sollen enger verzahnt werden. Ziel ist es, Kinder zu befähigen, Verantwortung für ihre Gesundheit zu übernehmen, auch im Hinblick auf psychisches Wohlbefinden.
- > **Bewegungsförderung:** Die Entwicklung einer landesweiten Strategie zur Stärkung von Bewegung und Sport wurde thematisiert, mit dem Ziel, Maßnahmen zu bündeln und effektiver umzusetzen.
- > **Barrierefreie Gesundheitsversorgung:** Gesundheit für Kinder und Jugendliche soll inklusiv gestaltet werden, unabhängig von Herkunft, Behinderung oder sozialem Status.

Die Landesgesundheitskonferenz 2024 hat erneut gezeigt, dass »**Gesund aufwachsen**« dann am besten gelingt, wenn Fachlichkeit, politischer Wille und zivilgesellschaftliches Engagement zusammenkommen. Nur so können nachhaltige Strukturen geschaffen werden, die Kinder und Jugendliche stärken.

Minister Manne Lucha MdL, 3. von links, Simone Fischer MdB, 1. von rechts und Teilnehmende



Gleichstellungsstrategie: Ideen entfalten erst durch Umsetzung Wirkung

Die zahlreichen Aktivitäten und Beteiligungen des LFR BW

Die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie stellte der LFR BW bereits vor dem Sommer 2024 fertig. Er war damit bestens auf den Beteiligungsprozess des Sozialministeriums im Herbst 2024 vorbereitet und konnte fast 90 Maßnahmenpakete zusammengefasst einbringen. Ein detailliertes Ergebnis des Arbeitskreises Gleichstellungsstrategie des LFR BW unter der Leitung der Zweiten Vorsitzenden Verena Hahn, in dem sich fast 20 Frauen sehr aktiv einbrachten und Maßnahmen zusammengestellt, gewichtet und zusammengefasst hatten.

Der LFR BW ist **Mitglied des Netzwerks Gleichstellung**, dem unter anderen auch der DGB angehört. Kurz vor dem Ende des Beteiligungsprozesses Ende des Jahres 2024 wandte sich der LFR BW zusammen mit dem DGB mit einem Offenen Brief alarmiert an die Fraktionsspitzen im Landtag, um auf die Dringlichkeit dieser Strategie und deren Umsetzung hinzuweisen. Der finanzielle Kahlschlag hinsichtlich der Frauen- und Gleichstellungspolitik im damals aktuellen Staatshaushaltsplan wie auch die Streichung von weiteren Mitteln für bewährte Projekte, die zuvor als fester Bestandteil der Umsetzung der Strategie eingestuft worden waren, löste beim LFR BW Fassungslosigkeit aus. Dazu gehörten z. B. die Girls Digital Camps und das Netzwerk Teilzeitausbildung. Ohne eine nachhaltige Ausfinanzierung der angestrebten Gleichstellungsstrategie bleibt die Gleichstellungspolitik der Landesregierung weiter in einzelnen Projekten gefangen und eine ressortübergreifende Gesamtstrategie bliebe reine Zukunftsmusik. Denn von Strategien ist bekannt, dass es bereits ein langer Weg von der Maßnahme zum Problembewusstsein und von dort zur effektiven Wirkung ist. Daher war die Enttäuschung bei vielen Akteur:innen groß.

Die Beteiligungsphase zur Entwicklung der Gleichstellungsstrategie endete am 9. Dezember 2024 mit einer Abschlusskonferenz des Sozialministeriums. Neben vielen anderen Akteur:innen war auch der LFR BW auf dieser Abschlussveranstaltung des Beteiligungsprozesses vertreten. Unsere Befürchtungen wurden bestätigt: Es wird in der aktuellen Legislatur (bis März 2026) nicht mehr zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen kommen. Dies ist ein großer Rückschritt bei der erwünschten Umsetzung, denn ob ein Strategiepapier der alten Landesregierung, das ein reines Konzept darstellt, von der neuen Landesregierung nach den Wahlen im März 2026 angenommen und umgesetzt wird, ist äußerst fraglich.

Der LFR BW fordert daher, dass es für eine wirksame Gleichstellungsstrategie in Baden-Württemberg eine **nachhaltige Finanzierung gleichstellungspolitischer Maßnahmen** braucht, aber darüber hinaus eine Koordinierungsstelle, die in Zusammenarbeit mit frauen- und gleichstellungspolitischen Expert:innen Leitlinien entwickelt. Entscheidend ist weiterhin der politische Wille seitens der Landesregierung, für eine Politik zu sorgen, in der die Gleichberechtigung von Frauen weiter vorangetrieben wird – gerade angesichts der gesellschaftlichen Situation, in der erkämpfte Errungenschaften bedroht sind. Und dieser politische Wille wird nach Meinung des LFR BW nicht allein von den Ressorts unter Leitung eines Ministeriums als primus inter pares Realität werden, es bedürfe insofern einer starken und expliziten Agenda des/der Ministerpräsidenten/in und einer stringenten Nachverfolgung durch das Staatsministerium.

Mitgliedsfrauen im Netzwerk Gleichstellung Baden-Württemberg



Rückblick auf das Jahr 2025

Klausursitzung des Vorstandsteams des Landesfrauenrates 2025–2026

Am 1. Februar 2025 fand die diesjährige Klausursitzung des LFR BW im Hospitalhof Stuttgart statt. Die Vorstandsfrauen sowie die Geschäftsstelle nutzten die ganztägige Sitzung, um zentrale Themen zu priorisieren, laufende Projekte weiterzuentwickeln und neue Impulse für das frauenpolitische Engagement in Baden-Württemberg zu setzen.

Fokus auf Gleichstellung, Sichtbarkeit und politische Teilhabe

Die inhaltliche Arbeit der Vorstandsfrauen wurde zu Beginn der Sitzung durch die Vorstellung ihrer jeweiligen Kernthemen strukturiert. Im Zentrum standen dabei:

- > Eigenständige Existenzsicherung von Frauen
- > Gewaltprävention und Gewaltschutz
- > Paritätische Beteiligung von Frauen
- > Rollenbilder und Stereotype
- > Sorgearbeit und Altersarmut
- > Mädchenförderung und Bildung
- > Digitalisierung und Arbeitswelt 4.0
- > Mobilität Stadt/Land

Diese Themen wurden ergänzt durch übergreifende Fragestellungen wie der Rolle von Männern in Gleichstellungsprozessen, der Auseinandersetzung mit Antifeminismus und Rechtspopulismus sowie der Stärkung politischer Teilhabe von Frauen – insbesondere mit Blick auf die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen.

Weitere Themenschwerpunkte

Der Vorstand hat sich darüber hinaus vorgenommen, sich mit weiteren zentralen gleichstellungspolitischen Fragestellungen zu befassen. Dazu zählen die **Finanzierung von Frauenhäusern**, die **Anerkennung des Ehrenamts von Frauen** – beispielsweise durch Rentenpunkte – sowie die **Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen** in Baden-Württemberg im Kontext des §218.

Auch die Förderung von Gründerinnen, die kritische Auseinandersetzung mit rückwärtsgewandten Rollenbildern (Stichwort »Tradwives«) sowie die Beschäftigung mit dem »Nordischen Modell« stehen auf der Agenda für die kommende inhaltliche Arbeit.

Bild im Uhrzeigersinn von vorne links: Ann-Cathrin Müller, Jessica Messinger, Heike Fiestas Cueto, Carmen Kremer, Verena Hahn, Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, Christiane Scheuing-Bartelmess

Gewalt in den Mittelpunkt stellen – ohne Prävention keine Intervention

Berichte aus dem Lenkungsgremium zur kommunalen Kriminalprävention und vom Tag des Opferschutzes 2025

Der LFR BW ist Mitglied im Lenkungsgremium der GeZ KKP BW, Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und wird dort durch Verena Hahn, Zweite Vorsitzende des LFR BW, vertreten. Unter Leitung der Landeskriminaldirektorin Sandra Zarges und dem Staatssekretär Thomas Blenke MdL, tagt das Gremium grundsätzlich zweimal im Jahr, zuletzt im Januar 2025. Im Januar 2025 wurden zwei Schwerpunktthemen beschlossen: Weiterführung des **Themas CTC, Communities that Care**, zu dem das Modellprojekt des Landkreises Lörrach lief und gerade ausgewertet wurde. Und als **neues Schwerpunktthema wurde »Kinder und Jugendliche vor Gewalt schützen«** vorgestellt und beschlossen. 96% der angezeigten Fälle der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche finden im sozialen Nahraum statt. Eine damit zusammenhängende große Herausforderung ist, dass die Kinder und Jugendlichen noch weniger Möglichkeiten haben, Straftaten und Übergriffe anzuzeigen. Das Themenfeld wird in vier Felder aufgeteilt: Sexualisierte Gewalt, Gewalt im digitalen Raum, Gewalt in Schulen und Gewalt gegen besonders schutzbedürftige Personen (als Person, z. B. Behinderte / durch Familie, z. B. Armut / durch andere Umstände, z. B. Flucht).

Ziele im Hinblick auf dieses neue Schwerpunktthema sind:

- > Erarbeitung von Konzepten, auch zur Stützung der Präventionsvereine und der Täterarbeit
- > Verbesserung und Intensivierung von Kooperationen
- > Optimierung und Informationsaustausch zwischen Behörden
- > Kultur des Hinschauens und aktiven Handelns
- > Stärkung des pädagogischen Fachpersonals
- > Aufklärung von Kindern und Jugendlichen (Opfer und Täter)

Der LFR BW verwies auf die vier Säulen der Istanbul Konvention, die auch hier beachtet werden sollten, aber auch auf die Ignoranz gegenüber und Verdrängung der alltäglichen Gewalt in unserer Gesellschaft.

Am 20. März 2025 fand der **Tag des Opferschutzes BW 2025** des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration statt, an dem Verena Hahn, Zweite Vorsitzende des LFR BW teilnahm. Damit bot sich eine fantastische Gelegenheit, sich auch auf dem Markt der Möglichkeiten weiter zu vernetzen, Hintergründe besser zu verstehen und unsere Anliegen zu platzieren. Der Vortrag von Prof. in Dr. Teubert der Dualen Hochschule BW Stuttgart war spannend und gespickt mit praktischen Handlungsemp-



fehlungen. Zum »Risikofaktor Systemlogiken: Vernetzung für einen gelingenden Kinderschutz?« wurde ein fachlich-reflexives Handlungskonzept gefordert: Partizipativ (für Kinder und Jugendliche), kooperativ (Beratung), transparent (Prozesse). Gewaltdefinition differenzierte zwischen personaler, kultureller, struktureller und digitaler Gewalt. Wir müssten aufhören, folgendes zu legitimieren, zu beschönigen und zu verschleiern: Mythen (z. B. »heile Familie«, »es fehle eine Vaterfigur«), Glaubenssätze und »Selbstverständlichkeiten«. Wir müssten wegkommen vom Fokus auf funktionierende Gruppen (z. B. Kita) oder funktionierendes Lernen (z. B. Schule) und uns entwickeln zu: Verantwortung + Schutzprozesse + Fachlichkeit im Hinblick auf Gewalt. Schulungen als reine Vorträge reichen nicht, es braucht gemeinschaftliches Erleben und Austausch. Es bräuchte landesweite Mindest- und Qualitätsstandards zu dem Themenfeld Gewalt.

In **Fachforen wurden unterschiedliche Themen** vorgestellt und bearbeitet. Im Fachforum »Vom Dunkelfeld ins Hellfeld – die Konzeption Kenntniserlangung des Polizeipräsidiums Freiburg als Erfolgsmodell zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt« stellte dieses Polizeipräsidium ihr umgesetztes Schutzkonzept vor. Die

statistischen Zahlen zu sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sind erschreckend, schätzungsweise wären nach Dunkelfeldberechnungen 6% der Kinder und Jugendlichen betroffen, das entspräche 840.000 Kindern/Jugendlichen, bei nur 0,2% von der Gesamtzahl der Kinder/Jugendlichen im Hellfeld. Als Gründe für die Zurückhaltung bei der Thematik wurden benannt: Unangenehme Thematik, Kooperationen klappen nicht (Silo-Denken), an einem Opfer hängen oft mehrere Opfer, zu wenig Zivilcourage, fehlende Expertise. Digitale Netzwerke ermöglichen bessere Strafverfolgung, denn meist ist das Einstellen von eigenen Bildern Voraussetzung für den Beitritt zu einem verbotenen Netzwerk.

In dem Fachforum »Interdisziplinäre Vernetzung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend – Herausforderungen und Chancen auf kommunaler Ebene« stellte die LKSF, Landeskoordinierung spezialisierter Fachberatung bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend, ihr landesweites Netzwerk der Fachberatungsstellen vor. Das Bündnis soll nachhaltige Strukturen gewährleisten und interdisziplinäre Vernetzung ermöglichen. Gewaltschutzkonzepte sind in Kitas bereits verpflichtend, in Schulen erst seit März 2025.

Selbstverständlichkeit von Gewalt

(nach Anja Teubert, Duale Hochschule BW Stuttgart)

Die Gesellschaft

...legitimiert + beschönigt + verschleiert + verherrlicht

Gewalt

Die verschiedenen Grade der Selbstverständlichkeit von Gewalt:

Personale Gewalt:	psychisch, physisch, gegen Personen offen, sichtbar, verdeckt
Kulturelle Gewalt:	Wertvorstellungen, Bedeutungszuschreibungen von Macht, Umgang mit Grenzen
Strukturelle Gewalt:	Fehlender Zugang zu Chancen, sich zu verwirklichen; Gesetzgebung, materielle Ausstattung des Hilfesystems, Werte/Normen

Verstärkt durch:

Machtunterschiede und Unterschiede bei der Ressourcenverteilung



Delegiertenversammlung des LFR BW am 21.03.2025

Die Stimme von über zwei Millionen Frauen

Nach der Begrüßung der Delegierten durch die Erste Vorsitzende des LFR BW, Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, konnten die Tagesordnungspunkte der Versammlung zügig und konzentriert bearbeitet werden.

Ein besonderer Moment war die Überreichung der **Ehrennadeln des LFR BW** an **Angelika Klingel** und **Manuela Rukavina**, zwei Frauen, die sich über viele Jahre hinweg mit großem Engagement für die Gleichstellungspolitik im LFR BW und in Baden-Württemberg eingesetzt haben. Wir gratulieren beiden herzlich zur Ehrenmitgliedschaft und bedanken uns für ihren langjährigen Einsatz.

Im weiteren Verlauf wurde die **Wahl einer Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit** für die laufende Amtsperiode bis zum 31.12.2026 durchgeführt. Die beiden Kandidatinnen, **Anette Groschupp** (Politik mit Frauen e.V.) und **Judith Vowinkel** (NaturFreunde Württemberg, Fachbereich Frauen), stellten sich in alphabetischer Reihenfolge vor und beantworteten die Fragen der Delegierten.

Nach Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommission wurde **Anette Groschupp** zur Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Sie nahm die Wahl an. Wir gratulieren herzlich und freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit im Vorstand des LFR BW!



Einzelvorstellung Anette Groschupp Was mich antreibt:

Mein persönliches Why für Women Empowerment ist der Wunsch, echte Gleichstellung in der Gesellschaft zu erreichen, indem Frauen bestärkt, unterstützt und sichtbar gemacht werden. Es motiviert mich, Barrieren und

Vorurteile abzubauen, weil ich überzeugt bin, dass alle Frauen selbstbewusst ihre Potenziale entfalten und aktiv die Zukunft mitgestalten sollten. Mir ist wichtig, dass junge Frauen Vorbilder und Räume finden, um sich auszuprobieren und ihre Stimme selbstbewusst einzubringen.

Persönliches:

Ich bin 54 Jahre alt, lebe mit meiner Familie und einem offenen Blick für Neues in Ludwigsburg. Meine Leidenschaft und langjährige Berufserfahrung bringe ich in einer Führungsrolle bei der Handwerkskammer Region Stuttgart ein. Mich begeistert es, Brücken zu bauen: Zwischen verschiedenen Ländern, Menschen und Ideen – besonders, wenn es um die gezielte Zuwanderung internationaler Fachkräfte und die Stärkung von Bildungspartnerschaften etwa mit Indien oder dem Kosovo geht. Es erfüllt mich, zu sehen, wie kleine Initiativen im Ausland Großes bewirken können, und wie viel Herz, Mut und Teamgeist hinter jeder Erfolgsgeschichte stecken.

Im Alltag schaffe ich mir mit Meditation Atempausen und tanke beim Laufen neue Energie – das hilft mir, sowohl beruflich als auch privat mit Gelassenheit, Offenheit und einem Augenzwinkern durchs Leben zu gehen.

Frauenpolitisches Engagement & Ehrenamtliches:

Seit 2018 leite ich mit viel Engagement und Kreativität die Frauen Union im Kreis Ludwigsburg. Darüber hinaus bin ich aktiv im Bezirks- und Landesvorstand der Frauen Union tätig und setze mich dort für die Interessen und Rechte von Frauen ein. Seit 2021 habe ich zudem die Ehre, als Präsidentin des überparteilichen Vereins »Politik mit Frauen e.V.« Verantwortung zu tragen und überparteiliche Zusammenarbeit zu fördern. Mein ehrenamtliches Engagement hat bereits lange vor diesen Ämtern begonnen: Über viele Jahre war ich Elternvertreterin in Kita und Schule und habe dort frühzeitig für die Belange von Familien und insbeson-

dere von Müttern und Frauen gewirkt. Für mich ist es eine Herzensangelegenheit, Frauen in allen Lebensbereichen zu stärken und ihre politische Teilhabe voranzubringen.

Antragsberatung und Beschlussfassungen der Delegiertenversammlung

Im Rahmen der Delegiertenversammlung wurden mehrere Anträge diskutiert und beschlossen:

Antrag 1

Auf Antrag der **DGB Frauen Baden-Württemberg** wurde **Marion von Wartenberg** zur Ehrenmitgliedschaft im Landesfrauenrat Baden-Württemberg nominiert. Die Delegierten stimmten dem Antrag mit zwei Enthaltungen zu.

Antrag 2

Der Vorstand des LFR BW stellte einen Antrag, der fordert, **Geschlechtergerechtigkeit als grundlegendes Bildungsprinzip zu verankern und Gewaltprävention flächendeckend in Bildungseinrichtungen umzusetzen**. Nach einer einstimmig angenommenen redaktionellen Änderung wurde der geänderte Antrag mit breiter Mehrheit angenommen (eine Gegenstimme).

Antrag 3

Ebenfalls vom Vorstand eingebracht wurde der Antrag zur **Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema Eizellspende und Leihmutterchaft**. Ziel ist es, sich vertieft mit den gesellschaftspolitischen und ethischen Fragen dieses Themenfelds auseinanderzusetzen. Der Antrag wurde mit einer Enthaltung angenommen.

Von links nach rechts: Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, Angelika Klingel, Manuela Rukavina



Initiativanträge

Die Delegiertenversammlung bewilligte die Behandlung der Initiativanträge II bis IV. Der **Initiativantrag I** des VAMV Baden-Württemberg zur Einführung einer Steuergutschrift für Alleinerziehende wurde **nicht zur Beratung zugelassen**.

Initiativantrag II

Das **Forum Internationaler Frauen Baden-Württemberg e.V.** forderte die **Einbindung marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen** in die Gestaltung von Gleichstellungsmaßnahmen auf Landes- und kommunaler Ebene. Der Antrag wurde mit neun Enthaltungen angenommen.

Initiativantrag III

Die **Evangelischen Frauen in Württemberg und Baden** beantragten die **Weiterfinanzierung der Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit Baden-Württemberg (FAQ BW)** über März 2026 hinaus. Der Antrag wurde mit drei Enthaltungen und einer Gegenstimme angenommen.

Initiativantrag IV

Zur **Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in Baden-Württemberg** soll ein entsprechender **Arbeitskreis** eingerichtet werden. Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Die Diskussionen zeigten erneut das breite Themenspektrum und die hohe inhaltliche Relevanz der frauenpolitischen Arbeit im Landesfrauenrat. Die beschlossenen Anträge bilden eine wichtige Grundlage für die zukünftige Ausrichtung und Positionierung des LFR BW. →

Berichte

Judith Vowinkel berichtete aus dem Landesseniorenrat Baden-Württemberg und Ruth Weckenmann aus dem SWR Rundfunkrat.

Bericht von Judith Vowinkel

Am 13. November 2024 fand in Esslingen die Mitgliederversammlung des Landesseniorenrats Baden-Württemberg (LSR BW) statt – im Jubiläumsjahr seines 50-jährigen Bestehens.

Inhaltlich wurden vielfältige Schwerpunkte der Arbeit vorgestellt, darunter der Beitritt zu dem Bündnis für Demokratie und Menschenrechte BW sowie der Übergang des Magazins »Im Blick« in ein digitales Format. Themen wie Diskriminierung im Zuge digitaler Umstellungen (z. B. Bahncard nur noch online), die Koordination von Seniorenräten, ein Beitritt zum »inklusive Katastrophenschutz« sowie ein Fachtag zur Quartiersentwicklung wurden benannt. Außerdem wurde über den zweiten Großernterntag im Allgäu berichtet.

Der LSR BW bezog unter anderem Position zu Fragen rund um E-Scooter, Führerscheintests für ältere Menschen, beschleunigtes Bauen und die Überarbeitung der Unterstützungsangebotsverordnung. Zu den besonderen Projekten zählten:

- > ein Modellprojekt zum interkulturellen Mittagstisch für Senior*innen,
- > ein Positionspapier zu selbstbestimmtem und würdigem Wohnen im Alter,
- > sowie eine landesweite Wahlaktion zur Kommunal- und Europawahl inklusive eines Austauschforums.

Der LSR BW ist in zahlreichen Gremien aktiv, unter anderem in den Bereichen Digitalisierung, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Altersarmut, Wohnen und Rundfunk.

Im Rahmen der Versammlung fanden zudem Neuwahlen statt: Der Vorsitzende Dr. Eckhart wurde im Amt bestätigt, ebenso zwei Beisitzende und die Kassenführung. Weitere Beisitzerinnen und Vertreterinnen in Fachgremien wurden neu gewählt. Die Geschäftsstelle ist mit drei hauptamtlichen Mitarbeitenden ausgestattet, die unterschiedliche Arbeitsumfänge abdecken.

Ein Thema, das die Versammlung prägte, war die finanzielle Ausstattung des LSR BW. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde der Mitgliedsbeitrag nahezu einstimmig – bei Enthaltung des LFR BW – von 300 € auf 450 € pro Jahr erhöht. Die letzte Erhöhung hatte 2020 stattgefunden.

Vor dem Hintergrund der Beitragserhöhung hat der Vorstand des LFR BW die Mitgliedschaft im LSR BW beendet. Inhaltlich bleibt festzuhalten, dass der Austausch auf Landesebene grundsätzlich wichtig ist – insbesondere im Hinblick auf Themen wie »Frauen im Alter«, die zukünftig innerhalb des LFR BW stärker aufgegriffen und vertieft behandelt werden sollten.

Bericht von Ruth Weckenmann

Die Arbeit des Rundfunkrats des SWR war auch im vergangenen Jahr stark geprägt von strukturellen Reformen und zunehmenden Anforderungen an die ehrenamtliche Gremienarbeit. Besonders relevant war die Novellierung des SWR-Staatsvertrags, den die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Ende Februar

2025 in das Vorunterrichtungsverfahren der Landtage eingebracht haben. Ziel ist es, den SWR moderner, effizienter und digitaler aufzustellen. Der überarbeitete Staatsvertrag soll im April unterzeichnet werden und zum 1. September 2025 in Kraft treten.

Mit der Reform gehen spürbare Veränderungen einher:

- > Die Zahl der Rundfunkratsmitglieder wird von 74 auf 54 reduziert – davon künftig 31 aus Baden-Württemberg und 15 aus Rheinland-Pfalz.
- > Der LFR BW verliert dabei seinen eigenständigen Sitz im Rundfunkrat und muss sich künftig gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (z. B. Landesfamilienrat, Landesjugendring, Landesseniorenrat) einen von drei Plätzen teilen.
- > Im Gegensatz dazu bleibt der Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz mit eigenem Sitz vertreten – trotz deutlich kleinerem Gremium. Eine Stellungnahme des LFR BW wurde abgegeben, fand jedoch keine Berücksichtigung.

Diese Entwicklung stellt einen Einschnitt für die organisierte Frauenvertretung in der Rundfunkaufsicht dar.

Anforderungen an Gremienmitglieder steigen

Parallel dazu bringt der neue Medienstaatsvertrag, der seit Januar 2024 gilt, zusätzliche Aufgaben mit sich. Die öffentlich-rechtlichen Sender sind verpflichtet, alle gesellschaftlichen Gruppen mit ihren Angeboten zu erreichen – sowohl über klassische als auch digitale Plattformen. Für Gremienmitglieder bedeutet das: Sie müssen in der Lage sein, Inhalte nicht nur zu bewerten, sondern auch digital zu verfolgen und kritisch einzuordnen.

Der damit verbundene zeitliche und fachliche Aufwand ist erheblich gestiegen. Neben regelmäßigen Programmbeobachtungen finden kontinuierliche Fortbildungen, Workshops und Schulungseinheiten statt – teils in Präsenz, teils digital.

Arbeitsschwerpunkt: Programmausschuss Kultur (PAK)

Als Vorsitzende des Programmausschusses Kultur begleite ich insbesondere die Auswirkungen des aktuellen Spardrucks auf die Programmgestaltung. ARD-weit entstehen sogenannte Kompetenzzentren – z. B. für Wissen, Bildung oder Ernährung. Gleichzeitig werden Sendeanteile stärker gebündelt. So enthält SWR2 Kultur inzwischen Beiträge anderer Kultursender, etwa gemeinsame Opernabende. Auch der Wegfall beliebter Programmformate aufgrund knapper Budgets beschäftigt den Ausschuss intensiv.

Engagement im Lila Freundinnenkreis

Gemeinsam mit Gisela Bill (Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz) leite ich den Lila Freundinnenkreis – ein Austauschforum zu Genderaspekten in der Medienberichterstattung. Wir haben erreicht, dass die Beauftragten für Chancengleichheit ihre Arbeit öffentlich in den Landes-

rundfunkratssitzungen präsentieren konnten – auch per Livestream. Zudem arbeiten wir eng mit der SWR-Beauftragten für Vielfalt und Integration zusammen.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Berufung von François-Xavier Roth zum Chefdirigenten des SWR-Symphonieorchesters. Nach Vorwürfen sexueller Belästigung wurde das Vorgehen des Senders intensiv im Freundinnenkreis diskutiert – unter Einbeziehung der Gleichstellungs- und AGG-Beauftragten. Die Ermittlungen wurden mittlerweile eingestellt.

Unverständnis äußerten wir – wenn auch außerhalb des direkten Zuständigkeitsbereichs des SWR – zu Personalentscheidungen innerhalb der ARD. Hierzu zählen etwa die zwischenzeitlich geplante Moderation von ttt durch Thilo Mischke (nach Kritik zurückgezogen) sowie frauenfeindliche Aussagen von Comedian Felix Lobrecht, die medial für breite Debatten sorgten.

Aktuelle Funktionen

Ich bin derzeit:

- > Vorsitzende des Programmausschusses Kultur (PAK)
- > Co-Vorsitzende des Lila Freundinnenkreises
- > Mitglied im Ausschuss für Recht und Technik

Abschließender Ausblick

Die Arbeit im Rundfunkrat ist anspruchsvoll, aber von großer gesellschaftlicher Relevanz. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt eine entscheidende Rolle für Meinungsvielfalt und demokratische Teilhabe. Deshalb lohnt es sich, dass wir uns – als Frauenorganisation – weiterhin kritisch und konstruktiv einbringen. Gerade in Ländern mit schwacher nicht-kommerzieller Medienlandschaft bestimmen wirtschaftliche Interessen zunehmend die Diskussionskultur. Umso wichtiger ist es, Vielfalt, Gleichstellung und soziale Perspektiven auch in der Medienpolitik sichtbar zu halten. Ich freue mich über Ihre Rückmeldungen, Einschätzungen oder Anregungen.



Öffentlichkeit ist kein Selbstläufer – Pressearbeit macht uns sichtbar

Die zahlreichen Veröffentlichungen und Social Media-Aktivitäten des LFR BW

Der Vorstand des LFR BW hat bereits im Jahr 2024 das Format des »Kurz gemeldet« eingeführt. Dies ist eine kurze Veröffentlichung zu einem aktuellen Gleichstellungsthema oder Internationalen Tag, die vornehmlich auch in den Sozialen Medien verwendet werden kann. Umfassendere oder komplexere Themen werden weiterhin in umfangreicheren Pressemitteilungen aufgegriffen.

Im Jahr 2025 hatten wir bis Mitte Oktober sowohl schon 12 »Kurz gemeldet« als auch 13 **Pressemitteilungen** veröffentlicht. Daraus ergaben sich erfolgreich schon mehrfach Interviews mit Radiosendern.

Der LFR BW nimmt die **Internationalen Tage** zum Anlass, auf Missstände in der Gleichstellung aufmerksam zu machen, z. B. zum Equal Care Day, zum Antikriegstag oder zum Weltmädchentag. Aber auch tagesaktuelle Vorgänge werden in Pressemitteilungen aufgegriffen wie die Abschaffung der Frauenquote von 40 % in der Belegschaft bei SAP oder neue Statistiken zum Bundeslagebild Menschenhandel oder des Bundeskriminalamts.

Seit Juni 2025 hat der LFR BW auch ein **LinkedIn-Profil**, das insbesondere für unsere Pressearbeit unabdingbar ist. Besuchen Sie unser Profil für eine größere Reichweite: <https://www.linkedin.com/company/landesfrauenrat-baden-württemberg>

„Catcalling ist kein Kompliment – sondern Belästigung. Mit der Schaffung eines eigenen Straftatbestands zeigt der Staat, dass solche Verhaltensweisen als nicht tolerierbare Übergriffe gewertet werden und Konsequenzen haben.“

Zum Internationalen Tag gegen Prostitution am 05.10.2025

**„Freiwillig in der Prostitution?“
Wer das glaubt, ignoriert Gewalt, Drogen, Selbstverletzung und schwere psychische Folgen.**

Deutscher Diversity Tag

„Wenn Vielfalt gewinnt, gewinnt Deutschland“
Doch ausgerechnet jetzt rudert SAP bei der Frauenquote zurück – auf Druck der US-Regierung. Ein alarmierendes Signal, sagt der Landesfrauenrat Baden-Württemberg: Populistische Rückschritte bedrohen Gleichstellung & Vielfalt auch in Europa. Gleichberechtigung ist kein Luxus – sie ist unverhandelbar!

Internationaler Aktionstag für Frauengesundheit

„Die Ziele des Aktionstages sind klar: Das Bewusstsein für die Gesundheit von Frauen auf der ganzen Welt schärfen und über die spezifischen Gesundheitsbedürfnisse von Frauen informieren. Trotz medizinischer Fortschritte bestehen auch in Deutschland weiterhin strukturelle Barrieren: Endometriose, Lipödem, Wechseljahresbeschwerden, psychische Erkrankungen oder Geburtstraumata werden oft zu spät erkannt oder nicht ernst genommen. Diese Ignoranz kann im Ernstfall das Leben der betroffenen Frauen kosten.“

„Frauenrechte sind Menschenrechte. Eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ist ein überfälliger Schritt – sowohl gesellschaftlich als auch medizinisch. Deshalb: Streichung des §218 StGB.“

WIR FORDERN!

Mehr politische Bildung für Mädchen und Frauen, konsequente Bekämpfung digitaler Gewalt, und verbindliche Maßnahmen zur Parität in politischen Ämtern und auf Wahllisten. Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit.

„Keine Freiwilligkeit bei den meisten prostituierten Frauen – Der Staat muss sie schützen!“

Girls'Day

Mädchen-Zukunftstag

Jungen-Zukunftstag

Boys'Day

Mehr Zulauf bei der Berufsorientierung – aber weiterhin Ideen zur Verbesserung

Bericht aus dem Lenkungskreis Girls' und Boys' Day

Seit Dezember 2024 ist der LFR BW Mitglied im Lenkungskreis Girls' und Boys' Day, kurz GDBD, der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion BW. Ziel ist es, diesen jährlich stattfindenden Tag mit der Expertise weiterer Mitglieder besser vorzubereiten, aber auch zur breiteren Bekanntmachung beizutragen.

Der GDBD fand am 3. April 2025 statt, im nächsten Jahr wird er am 23. April 2026 durchgeführt. Die Auslastung hat sich in diesem Jahr nochmals verbessert:

- > GD Auslastung 75 %; 16.125 Teilnehmerinnen und somit hier Steigerung +3,5 %; Berufskategorien EDV/IT 13 %, Metall/Elektro 12 %, Handwerk 11 %, Industrieproduktion 12 %.
- > BD Auslastung 74 %; 4.909 Teilnehmer und somit hier Steigerung +18 %; Berufskategorien KITAS 30 %, Alten-/Seniorenpflege 15 %, Einzelhandel 15 %.
- > Im Vergleich auf Bundesebene belegt BW den 3. Platz der Bundesländer, nach Bayern und NRW.

Es wurde das **Verbesserungspotential** erarbeitet: Der BD müsste sich insbesondere bei den Berufskategorien breiter aufstellen, z. B. Gastronomie fehlt beim BD fast völlig. Im ländlichen Raum müsste genauer geschaut werden, welche Plätze vorhanden/nicht vorhanden waren, weiter vom eigenen Wohnort entfernt als 7–10 km werden erfahrungsgemäß nicht genutzt. Wichtig wäre auch, dort insbesondere Plätze für GD UND BD anzubieten, auch möglich für ganze Klassen. Schulen müssten vor Ort einbezogen und aktiviert werden, Haupt- und Realschulen sind stark unterrepräsentiert. SBBZs (sonderpädagogische) sind zu aktivieren, inklusive Angebote sollten unbedingt ausgebaut werden, auch als solche auf dem digital abrufbaren »Radar« auffindbar sein.

Verena Hahn, Zweite Vorsitzende des LFR BW, betonte: »Dies ist so wichtig, um Schwellen bei den Unternehmen für die Zukunft der Menschen mit Einschränkungen auf dem ersten Arbeitsmarkt abzubauen, die leider weiterhin massiv existieren.«

Begegnungen und Austausch 2025

Gleichstellung braucht Präsenz – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

LFR BW beim Neujahrsempfang der Landesregierung im Januar 2025



Verena Hahn und Prof. Dr. Ute Mackenstedt

Unter dem Motto »Zum Schutze unseres Lebens« würdigte Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL beim diesjährigen Neujahrsempfang der Landesregierung insbesondere den unermüdlichen Einsatz von Rettungskräften, haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Ihr

Engagement sei unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Mitmenschlichkeit und Solidarität – gerade in herausfordernden Zeiten. Auch der LFR BW war bei der feierlichen Veranstaltung vertreten. Die Vorsitzenden Ute Mackenstedt und Verena Hahn nutzten die Gelegenheit zum Austausch mit zahlreichen Vertreter:innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Institutionen. In persönlichen Gesprächen knüpften sie Kontakte, stärkten bestehende Netzwerke und brachten zentrale Anliegen des LFR BW in die Gespräche ein, ganz im Sinne einer starken und lauten Stimme für die Gleichstellung in Baden-Württemberg. Leider waren unter den Rednern und bei den musikalischen Darbietungen fast ausschließlich Männer präsent und aktiv – wir hätten uns **eine geschlechtergerechtere Gestaltung** im Jahr 2025 aber auch im Vorjahr gewünscht, die dem Anspruch an die Gleichstellung in BW auch auf der Bühne Ausdruck verliehen hätte.

Ressortgrenzen überwinden – nur mit Rückendeckung von oben

Gespräch mit Sozialminister Manne Lucha MdL und Staatssekretärin Dr. in Ute Leidig MdL

Die Diskussion um den Wahltermin für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg war gerade in vollem Gange, der vom Innenministerium BW für den 8. März 2026, dem Internationalen Frauentag, vorgeschlagen worden war. Wir erläuterten unsere Bedenken aufgrund des Charakters eines Aktionstages auf öffentlichen Plätzen auch in dem Gespräch mit Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Manne Lucha MdL und Staatssekretärin Dr. in Ute Leidig MdL. Breit diskutierten wir die anstehende Umsetzung wichtiger Gesetze:

- > Das **Gewalthilfegesetz**, zu dem das Vergabeverfahren zur Bestandsanalyse, die noch in diesem Jahr erstellt werden

müsste, im Ministerium in Vorbereitung war. Es wurde später im Verlauf des Jahres das Beratungsunternehmen Kienbaum ausgewählt. Bei der Täter:innenarbeit müsste verstärkt in der Verwaltung auf Kooperation gesetzt werden, was aber Herausforderungen hinsichtlich Ressortgrenzen und föderal aufgeteilten Zuständigkeiten des Landes und der Kommunen mit sich bringt. In einer Bündelung in Lenkungsstrukturen, die vom Land initiiert und forciert würden, sahen wir vom LFR BW eine große Chance.

- > Die Einführung der **Fußfessel für gewaltbereite Täter** wurde als wahrscheinlich eingeschätzt, aber möglicherweise würde ein Bundesgesetz abgewartet werden. Im Mai 2025 konnte der LFR BW eine Stellungnahme zu einem von der SPD eingebrachten Gesetzentwurf einbringen, siehe unter »Stellungnahmen«.
- > Der LFR BW forderte dringlichst die Umsetzung der **Gleichstellungsstrategie**, zu der immer noch die Strategie selbst fehlte. Der LFR BW hatte seine Strategie bereits in 2024 vorgelegt. Auch hier forderte der LFR BW mehr Brücken-Bauen zwischen den Ressorts und Aufhängung der zentralen Zuständigkeit beim Ministerpräsidenten anstelle des Sozialministeriums.

Als weiteres dringliches Thema wurde die flächendeckende und angemessene Versorgung zu **Schwangerschaftsabbrüchen** in Baden-Württemberg angemahnt.

Bild v. li.: Carmen Kremer, Prof. Dr. Ute Mackenstedt, Dr. in Ute Leidig MdL, Manfred Lucha MdL, Verena Hahn, Jessica Messinger, Erika Schmitt (Referatsleiterin Gleichstellung im Sozialministerium)



Forderungen für eine geschlechtergerechte Mobilität

Verena Hahn und Dagmar Digruber zu Gast im Verkehrsministerium

Verena Hahn, Zweite Vorsitzende des LFR BW, und Referentin Dagmar Digruber waren zu Gast bei Staatssekretärin Elke Zimmer MdL im Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg. In einem engagierten und konstruktiven Austausch wurden **zentrale gleichstellungspolitische Anliegen des Landesfrauenrates thematisiert**, mit besonderem Blick auf die Rolle von Mobilität für gesellschaftliche Teilhabe und die multimodalen Wege von – immer noch mehrheitlich – Frauen, die nachweislich kürzere, aber dafür zahlenmäßig ein Vielfaches der Wege im Vergleich zu dem einen Hin- und Rückweg zu einem Arbeitsplatz zurücklegen: Z. B. zum Kindergarten, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen am selben Tag. Auch nutzen Frauen häufiger das Rad oder den ÖPNV oder gehen zu Fuß.

Im Mittelpunkt standen das ausdrückliche Mitdenken von Geschlechterunterschieden sowie **Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum und öffentlichen Nahverkehr**. Gerade für Frauen spielt ein sicherer, gut zugänglicher und inklusiver Verkehrsraum eine zentrale Rolle im Alltag. Die Sicherheit stellt für Frauen und Mädchen aufgrund sexistischer, belästigender und Gewalterfahrungen eine ganz fundamental andere Herausforderung dar und wird zu häufig nicht gesehen oder gar mitgedacht. Mobilität ist nicht nur Fortbewegung, sondern Voraussetzung für Erwerbstätigkeit, Bildung, politische Teilhabe und soziale Integration.

Es war ein offenes und intensives Gespräch mit einer beidseitigen Bereitschaft, Gleichstellungsperspektiven aktiv in die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik des Landes einzubeziehen. Einig waren wir uns auch, dass eine geschlechtergerechte Verkehrspolitik ein wesentlicher Schlüssel für eine nachhaltige, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft darstellt.

Auch bei dem **Fachgespräch »Gleichstellung in der Mobilität«** vom Referat Familienforschung (FaFO), Statistisches



Verena Hahn und Elke Zimmer MdL testen Modelle neuer, auch weicherer ICE-Zugsitze

Landesamt, im Auftrag des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg wurden die Anforderungen des Querschnittsthemas geschlechtergerechte Mobilität und die Sicherheit von Mädchen und Frauen im öffentlichen Raum intensiv herausgearbeitet.

Es wurde ein erster Report im Auftrag des Verkehrsministeriums von der Familienforschung BW (FaFo) zum Thema »Gleichstellung in der Mobilität« erstellt. Dieser Report kann nur der Anfang einer Reihe von Studien und Datensammlungen sein, um aktuelle Herausforderungen und **weibliche Blickwinkel** in konkreten Handlungsempfehlungen einzubeziehen. Beispielsweise ist bei Umfragen anstelle des »Wegekonzepts« das »Etappenkonzept« anzuwenden, da sonst gerade die diversen Verkehrsmittel (d.h. intermodale Mobilität), die Frauen stärker als Männer nutzen, nicht erfasst werden. Der Fokus sollte demzufolge nicht auf der schnellsten Verbindung liegen, sondern darüber hinaus auf guten intermodalen Verbindungen und Schnittstellen.

Selbstdarstellungsflyer 2025–2026 des LFR BW





Feministische Kunst als Spiegel und Anstoß

Führungen durch die Ausstellung »STAND UP! Feministische Avantgarde« in der Staatsgalerie

Der LFR BW hat im Juni 2025 Eintrittskarten für zwei exklusive Führungen durch die Fotoausstellung »STAND UP! Feministische Avantgarde« in der Staatsgalerie Stuttgart verlost und stieß damit auf große Resonanz. Die Ausstellung beeindruckte durch ihre außergewöhnliche Klar-

heit, Radikalität und Ausdrucksstärke. Künstlerinnen der 1970er Jahre machten in ihren Werken sichtbar, wie sehr ihr Alltag, ihr Körper und ihre gesellschaftliche Rolle von patriarchalen Strukturen geprägt und begrenzt waren. Mit künstlerischen Mitteln brachen sie Tabus, stellten Geschlechterrollen infrage und forderten gleichberechtigte Sichtbarkeit ein.

Diese kraftvollen Positionen wirken bis heute nach. Sie erinnern eindrücklich daran, wie notwendig es ist, für Gleichberechtigung einzutreten, gerade in einer Zeit, in der frauenpolitische Errungenschaften wieder zunehmend in Frage gestellt werden. Sei es beruflich, wirtschaftlich, gesellschaftlich oder politisch. Rückschritte in Sachen Gleichstellung sind vielerorts bittere Realität.

Der Blick auf diese mutigen Pionierinnen feministischer Kunst war nicht nur ein ästhetisches Erlebnis, sondern auch eine Quelle der Ermutigung und Inspiration für unsere eigene Arbeit. Vielen Dank allen Teilnehmerinnen für den bereichernden gemeinsamen Ausstellungsbesuch.



Klare Forderungen für Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit

DGB-Bezirksfrauenkonferenz Baden-Württemberg positioniert sich geschlossen

Am Samstag, den 28. Juni 2025, fand in Stuttgart die DGB-Bezirksfrauenkonferenz Baden-Württemberg statt. Rund 100 Delegierte aus den acht DGB-Mitgliedsge-
werkschaften kamen zusammen, um die politischen Ziele und Anforderungen für die kommenden vier Jahre fest-
zulegen.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen gewerkschaftliche Forderungen zur Gleichstellung – insbesondere mit Blick auf die anstehende Landtagswahl. Unter dem **Motto #MehrWert Gleichstellung** wurde deutlich: Gleichstellung ist eine zentrale Zukunftsfrage – für die Arbeitswelt ebenso wie für unsere Demokratie. Unsere Erste Vorsitzende Ute Mackenstedt steuerte ein Grußwort bei, das die Bedeutung des Konferenzmottos unterstrich: »Gleichstellung ist kein ‚Nice-to-have‘ – sie ist Voraussetzung für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Unsere Forderungen sind klar: Es braucht konkrete politische Maßnahmen, die Frauen in Arbeit, Bildung und Gesellschaft endlich gleichstellen.« **Vielfalt und Diskriminierungsfreiheit machen den Unterschied – nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich.** Unzählige Studien zeigen, dass diverse Teams erfolgreicher arbeiten und innovativer und krisenfester sind. Wer in Zeiten globaler Krisen und politischer Spannungen Gleichstellung und Diskriminierungsfreiheit zur Verhandlungsmasse mache, gefährde nicht nur soziale Fortschritte, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt – der gerade jetzt dringend gestärkt werden müsse.

Herzliche Glückwünsche gingen an Erika Bock, der die **Hans-Böckler-Medaille** verliehen wurde. Mit viel Herz, Ausdauer und klarem Blick für Gleichstellung hat sie über viele Jahre auch als Delegierte im LFR BW die Interessen der Frauen vertreten und mitgestaltet.



Erste Vorsitzende des LFR BW Prof.in Dr. Ute Mackenstedt



Verleihung der Hans-Böckler-Medaille an Erika Bock (Mitte)

Die Konferenz machte deutlich: Die Gewerkschaftsfrauen in Baden-Württemberg sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – laut, entschlossen und solidarisch. Für tatsächliche Gleichstellung. Für soziale Gerechtigkeit. Für eine starke Demokratie.

DGB-Bezirksfrauenkonferenz Baden-Württemberg in Stuttgart



Landtagswahl in 2026 am Internationalen Frauentag

LFR BW im Austausch mit Innenminister Thomas Strobl

Der LFR BW hat im Rahmen eines Gesprächs mit Innenminister Thomas Strobl und der Landeswahlleiterin Cornelia Lesch nochmals Anfang Juli 2025 seine großen Bedenken hinsichtlich des Termins der Landtagswahl 2026 geäußert. Die Wahl ist für den 8. März angesetzt – ein Datum, das seit Jahrzehnten international als bedeutender Aktionstag für Frauenrechte begangen wird. Der LFR BW hatte zuvor schon im März 2025 schriftlich Einwände formuliert, an die Landesregierung und die Fraktionen gerichtet und Gespräche mit den Grünen/Bündnis 90 und der CDU geführt.

Der LFR BW betonte, dass der Internationale Frauentag am 8. März traditionell Anlass für zahlreiche Veranstaltungen, Kundgebungen und Aktionen in vielen Städten des Landes sei. Diese seien für die Sichtbarkeit frauenpolitischer Themen von großer Bedeutung und könnten durch die Wahl organisatorisch und inhaltlich beeinträchtigt werden.

Ein zentrales Anliegen war auch die zu erwartende mediale Aufmerksamkeit: Da der Tag nach der Wahl voraussichtlich von der Berichterstattung über die Wahlergebnisse dominiert werde, bestehe die Sorge, dass frauenpolitische Inhalte weniger Beachtung finden könnten. Zudem sei zu bedenken, dass viele engagierte Frauen am Wahltag als Wahlhelferinnen tätig seien und dadurch an wichtigen Veranstaltungen nicht teilnehmen könnten.

Ute Mackenstedt, Erste Vorsitzende des LFR BW, betonte: »Unser Anliegen ist es nicht, den Wahltermin grund-

sätzlich infrage zu stellen, sondern gemeinsam Wege zu finden, wie die Anliegen des Internationalen Frauentags auch in diesem besonderen Kontext angemessen sichtbar bleiben.«

Innenminister Strobl zeigte Verständnis für die vorgetragenen Bedenken und unterstrich die Bedeutung des Internationalen Frauentags. Zugleich verwies er auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, die bei der Festlegung des Wahltermins zu berücksichtigen seien und daher eine Verschiebung unmöglich machten, während Landeswahlleiterin Cornelia Lesch die formellen Abläufe erläuterte. Strobl räumte ein, dass der gewählte Termin für viele Engagierte zusätzliche Herausforderungen mit sich bringe, und zeigte sich offen für die gemeinsame Suche nach Lösungen, um die Anliegen des Internationalen Frauentags trotz der Wahl öffentlich präsentieren zu können.



Von links nach rechts: Ann-Cathrin Müller, Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, Verena Hahn, Innenminister Thomas Strobl, Anette Groschupp



Gleichstellungsthemen nur Papiertiger?

Im Gespräch mit CDU-Fraktionsvorsitzendem Manuel Hagel MdL und der frauenpolitischen Sprecherin Isabell Huber MdL

Beim Austausch zwischen dem LFR BW und der CDU-Landtagsfraktion standen im Juli 2025 zahlreiche aktuelle frauenpolitische Themen im Mittelpunkt. Der LFR BW betonte die Symbolkraft des Internationalen Frauentags am 8. März 2026, auf den die nächste Landtagswahl fällt, und forderte, die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht nur als Querschnittsaufgabe, sondern als zentrales Anliegen im Wahlkampf und in der künftigen Landespolitik zu verankern. Der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Manuel Hagel MdL betonte, dass Frauenpolitik kein Randthema sei, sondern in allen Ressorts mitgedacht werden müsse. Er unterstrich, dass die Verwaltung klare Führung von ganz oben brauche. Vorgaben müssten für alle Ressorts gleichermaßen gelten, um nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

Ein weiteres wichtiges Thema war der **neu beschlossene SWR-Staatsvertrag**. Im Zuge der geplanten Verschlan-
kung des Rundfunkrats und den damit eingeführten, auch sehr kritisch beurteilten Pool-Lösungen für einige Verbände (nicht alle!) droht dem LFR BW der Verlust seines Sitzes in diesem wichtigen Gremium. Der LFR BW machte deutlich, dass die Vertretung von Fraueninteressen in der Medienaufsicht nicht geschwächt werden dürfe. Der LFR BW äußerte im Gespräch auch die deutliche Sorge vor einem bereits losgetretenen gesellschaftlichen und politischen Rollback in der Gleichstellungspolitik. Angesichts aktueller Entwicklungen und populistischer Tendenzen warnte der LFR BW davor, bereits erreichte Fortschritte leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sei es fatal, das Potenzial von Frauen im Arbeitsmarkt zu vernachlässigen.

Auch das CDU-Wahlprogramm und die Einbindung frauenpolitischer Themen wurden intensiv diskutiert. Hagel

unterstrich, dass das Wahlprogramm der CDU bewusst fokussiert und lesbar gestaltet werden solle. Er sicherte zu, dass **frauenpolitische Anliegen darin einen festen Platz** haben werden. Der LFR BW forderte, dass Fraueninteressen nicht nur erwähnt, sondern verbindlich und sichtbar im Programm verankert werden.

Sorge äußerte der LFR BW zudem über die stockende **Umsetzung der Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie des Landes**. Es wurde betont, dass noch vor der Wahl eine parteiübergreifende Verständigung auf eine Strategie erfolgen müsse. Damit dies kein Papiertiger bliebe, müsse nach der Wahl ohne Verzug mit der Umsetzung begonnen werden.

Um langfristig die Chancengleichheit zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs zu stärken, forderte der LFR BW eine Strategie, die eine möglichst frühe, geschlechterunabhängige **Berufsorientierung** in den Mittelpunkt stellt. Es müsse gelingen, bereits in der Schule stereotype Berufsbilder aufzubrechen und Mädchen wie Jungen gleichermaßen für alle Berufsfelder zu begeistern. Nur so könnten die vorhandenen Talente optimal genutzt und die Weichen für eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt gestellt werden. Darüber hinaus mahnte der LFR BW an, dass Frauen mit besonderen Fähigkeiten und Kompetenzen stärker in den Vordergrund gerückt werden müssten – sowohl in der Wirtschaft als auch in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Sichtbarkeit und Anerkennung seien entscheidend, um Vorbilder zu schaffen, die andere Frauen und Mädchen motivieren und inspirieren könnten.

Bild oben v. li.: Jessica Messinger, Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, Isabell Huber MdL, Manuel Hagel MdL, Ann-Cathrin Müller, Verena Hahn, Anette Groschupp

60 Jahre pro familia in Baden-Württemberg

Engagiert für Demokratie in Vielfalt und Selbstbestimmung



Pia Riegger (links) und Gudrun Christ (rechts)



Ruth Weckenmann, Vorstandsvorsitzende von pro familia BW

Am 17. Juli 2025 feierte der Landesverband pro familia Baden-Württemberg sein 60-jähriges Bestehen – ein bedeutender Meilenstein in der Geschichte eines Verbands, der sich seit sechs Jahrzehnten für sexuelle Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und reproduktive Rechte einsetzt. Die Festveranstaltung in der Stuttgarter Rosenau stand unter dem Motto: **»60 Jahre engagiert für Demokratie in Vielfalt und Selbstbestimmung«**. Seit seiner Gründung prägen zentrale Themen die Arbeit von pro familia – damals wie heute. Dazu gehört insbesondere der Einsatz für eine selbstbestimmte Familienplanung und die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. »Die längst überfällige Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Deutschland konnte bis heute nicht durchgesetzt werden, obwohl Fachkommissionen und über 80% der Bundesbevölkerung eine Regelung außerhalb des Strafrechts befürworten«, betonte Ruth Weckenmann, Vorstandsvorsitzende von pro familia Baden-Württemberg. **»Dranbleiben«** lautete daher das Motto – auch mit Blick auf die langjährige Forderung nach kostenfreien Verhütungsmitteln für alle, unabhängig vom Einkommen. Das Jubiläum markierte zugleich einen personellen Neubeginn: **Pia Riegger übernahm zum 1. Juli 2025 die Geschäftsführung des Landesverbands**. Sie folgt auf Gudrun Christ, die den Verband seit 2014 mit großer fachlicher Expertise, klarem politischen Kompass und viel Engagement in Gremienarbeit, gegenüber Politik und Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit vertreten hat.

Vision ohne Umsetzung bleibt Illusion – jetzt handeln

Austausch mit Jasmina Hostert MdB für die SPD



Verena Hahn und Jasmina Hostert MdB

In der Geschäftsstelle des LFR BW hatten wir die Gelegenheit, uns mit Jasmina Hostert MdB für die Bundestagsfraktion der SPD, über zentrale frauenpolitische Anliegen und deren Status im Bundestag und in BW auszutauschen. Im Mittelpunkt standen die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und einer Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie sowie die Abschaffung des §218 StGB inklusive flächendeckende Versorgung mit Angeboten zum Schwangerschaftsabbruch in BW. Ferner bestärkten wir uns in unserer Positionierung pro Nordisches Modell, das die Strafverfolgung von Freiern und die Missstände in der Prostitution in den Fokus stellt. Wir diskutierten weitere Schwerpunkte aus der Gleichstellungsarbeit mit Jasmina Hostert, die im Bundestag Obfrau im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist. Wir danken für einen spannenden und konstruktiven Austausch und freuen uns auf eine weiterhin wertschätzende Zusammenarbeit im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen.

Austausch mit Simone Fischer MdB für das Bündnis 90/Die Grünen

Herausforderungen in der Pflegepolitik

Simone Fischer MdB ist Sprecherin für Pflegepolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Am 6. August 2025 fand ein digitales Gespräch mit ihr statt, in dem sie bereits andeutete, dass der Pflegegrad 1 in Frage gestellt würde, insbesondere von den Arbeitgeberverbänden. Ein besonderes Anliegen von Frau Fischer ist das sogenannte Pflegekompetenzgesetz, das bereits beschlossen wurde. In dem Gespräch wurde deutlich, dass bei vielen Anliegen, die dem LFR BW wichtig sind, neben der bundesweiten Komponente auch die Ebene der EU berücksichtigt werden müsse, so zum Beispiel im Hinblick auf die Eizellspende.



Wir bleiben dran – Schwierige Themen brauchen klare Antworten

Die Stellungnahmen und offenen Briefe des LFR BW

Auch zu einer Anhörung im Landtag BW wurden wir geladen

Noch vor dem 14. Februar 2025, dem Tag der Abstimmung im Bundesrat, forderte der LFR BW die Landesregierung BW eindringlich auf, das **Gewalthilfegesetz** im Bundesrat zu verabschieden. Wir forderten den Schutz der Frauen vor Gewalt, der ihnen zusteht, und die Versorgung mit Frauenhausplätzen inklusive die mit dem Gesetz vorgesehenen Präventionsmaßnahmen wie Beratung der Opfer und in der Täterarbeit. Der Entwurf des Gesetzes wurde seit 2022 in umfangreichen Abstimmungsarbeiten zwischen Bund und Ländern bis Juni 2024 erstellt. Erst am 27. November 2024 wurde er im Kabinett beschlossen und konnte Gegenstand der Lesungen im Bundestag bis zum 31. Januar 2025 sein. Am 14. Februar 2025 wurde das Gewalthilfegesetz dann erfolgreich im Bundestag beschlossen und trat am 28. Februar 2025 in Kraft.

Im Mai 2025 legte der LFR BW bereits seine gleichstellungspolitischen Forderungen gegenüber den Landtagsfraktionen offen, um für eine Berücksichtigung in deren **Wahlprogrammen** zu werben. Es wurden gefordert: 1. Entwicklung und Umsetzung einer Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie, 2. Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in BW, 3. Novellierung des ChancenG und Umsetzung der 16 Handlungsempfehlungen aus der Evaluation des ChancenG vom Januar 2022, 4. Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch, 5. Entwicklung von Strategien gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus, 6. Einführung des Nordischen Modells zur Bekämpfung von Ausbeutung in der Prostitution. Der LFR BW bekam im Mai 2025 die Gelegenheit, zum **Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion im Landtag »Gesetz zum besseren Schutz vor Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Gefahren aufgrund häuslicher Gewalt«**

Stellung zu beziehen. Verena Hahn, Zweite Vorsitzende des LFR BW, vertrat unsere Forderungen bei der Anhörung im Landtag am 7. Mai 2025. Wir befürworteten den Gesetzesentwurf ausdrücklich und mahnten eine schnellstmögliche Umsetzung an. Bereits mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 8. November 2024, der einstimmig erging, hatte der LFR BW nochmals explizit die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) gefordert. Bereits seit 2018 fordert der LFR BW die umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention, da die Gleichstellung von Frauen und Männern nur ohne geschlechtsbezogene Gewalt möglich ist. Denn diese stellt eine besonders schwerwiegende Form des Machtmissbrauchs und der Menschenrechtsverletzung dar. Die EAÜ kann entscheidend dazu beitragen, schwere häusliche Gewalt einzudämmen und Femiziden vorzubeugen und die Einhaltung von Annäherungs- und Kontaktverboten effektiver umzusetzen.

Mit der am 13. August 2025 durch das Bundesgesundheitsministerium veröffentlichten ELSA-Studie (»Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer – Angebote der Beratung und Versorgung«) wurde in Deutschland zum ersten Mal umfassend die **Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbruch** erforscht. Gemeinsam mit der LAG der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten BW und pro familia BW appellierte der LFR BW an die Landesregierung, den sich aus der ELSA-Studie für das Land BW ergebenden gesundheits- und gleichstellungspolitischen Handlungsauftrag mit großer Dringlichkeit umzusetzen. Baden-Württemberg gehört der Studie zufolge zu den drei Bundesländern mit geringem Versorgungsgrad, d.h. hier ist der Zugang zur medizinischen Versorgung bei Schwangerschaftsabbruch im Vergleich am schlechtesten.



»Vorsorge statt Nachsorge: Gewaltprävention zahlt sich aus«

Dokumentation des Fachtags vom Mai 2025

Wir freuen uns sehr, Ihnen die Dokumentation unseres Fachtags »Vorsorge statt Nachsorge: Gewaltprävention zahlt sich aus« vorstellen zu dürfen. Der LFR BW hat diesen Fachtag am Freitag, den 16. Mai 2025, im CVJM-Haus in Stuttgart veranstaltet. Im Mittelpunkt stand das Thema Gewaltprävention – mit einem klaren Blick auf ak-

tuelle gesellschaftliche Herausforderungen und der deutlichen Forderung nach einem stärkeren Fokus auf präventive Maßnahmen. Die Dokumentation bietet einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Impulse, Diskussionen und Workshops, die den Fachtag geprägt haben.

Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt lag auf den **Ergebnissen der Shell Jugendstudie 2024**. Diese verdeutlicht einen Trend: Junge Frauen blicken tendenziell progressiver und optimistischer in die Zukunft, während junge Männer häufiger modernisierungsskeptisch sind und teils anfälliger für (rechts-)populistische Strömungen erscheinen.

Daraus ergeben sich zentrale Fragen, denen wir im Rahmen des Fachtags intensiv nachgegangen sind: Wie können wir jungen Menschen Sicherheit und Perspektiven in einer sich wandelnden, zunehmend digitalisierten Arbeitswelt bieten? Wie gelingt es, individuelle und kollektive Verlusterfahrungen so zu verarbeiten, dass unser gesellschaftliches Miteinander widerstandsfähiger gegenüber Hass, Hetze und Polarisierung wird? Und nicht zuletzt: Wie können wir insbesondere (junge) Männer aktiv in Gleichstellungsprozesse einbinden, sie stärken und für eine gemeinsame, gerechtere Zukunft gewinnen?

Wir hoffen, dass diese Dokumentation Denkanstöße gibt, zum Weiterdenken anregt und dazu beiträgt, die tieferliegenden Ursachen von Gewalt sichtbar zu machen und ihnen wirksam entgegenzutreten:

https://www.lfrbw.de/wp-content/uploads/2025/08/20250516_Dokumentation_FachtagGewaltpraevention_LFRBW_komp.pdf

Bild oben v. li.: Dr.in Ute Leidig MdL, Prof.in Dr. Ute Mackenstedt, Prof.in Dr. Gudrun Quenzel, Verena Hahn, Julia Helle, Armin Krohe-Amann, Sabrina Sengle



Erste Vorsitzende des LFR BW Prof.in Dr. Ute Mackenstedt



Publikum des Fachtags

Landesweiter Fachtag »Armut und Teilhabe«

Frauenarmut – Wie können wir notwendige strukturelle Veränderungen erreichen und dem Armutsrisiko im Alter begegnen?

Der Fachtag am 4. Juni 2025 wurde von der FaFo im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg in enger Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg organisiert.

Oben genannte Gesprächsarena wurde von Heike Fiestas Cueto, Vorstandsmitglied des LFR BW, geleitet und war eine von 8 Arenen. Der Fokus der Gesprächsarenen lag darauf, den Teilnehmenden Raum zu geben und offenen Austausch zu ermöglichen. Es sollte ergebnisoffen diskutiert werden können. Priorisierte Takeaways wurden im Abschlussplenum durch Moderator:innen vorgestellt.

Im Rahmen der Gesprächsarena beleuchteten vier Expertinnen aus Beratung, Gleichstellung, Steuerrecht und Forschung zentrale Ursachen und mögliche Lösungen für das Armutsrisiko von Frauen. Ihre Beiträge zeigen: Finanzielle Eigenständigkeit muss frühzeitig gedacht und strukturell gestärkt werden.

Barbara Baur: Frauen sollten finanzielle und organisatorische Eigenständigkeit nicht erst im Krisenfall lernen, sondern frühzeitig – auch innerhalb stabiler Partnerschaften – entwickeln.

Prof.in Dr. Ute Mackenstedt: Finanzielle Bildung und Vorsorge müssen frühzeitig beginnen, damit Frauen die langfristigen Folgen von Erwerbsunterbrechungen rechtzeitig erkennen und absichern können.

Margrit Roder-Oeschger: Das Steuerrecht bietet wichtige Stellschrauben für mehr Gerechtigkeit – besonders für Alleinerziehende, braucht aber gezielte Reformen und bewusste Entscheidungen in Partnerschaften.

Gabriele Wydra-Somaggio: Geschlechterspezifische Berufswahl und strukturelle Erwerbsunterbrechungen führen dazu, dass viele Frauen langfristig finanziell nicht eigenständig abgesichert sind.

Offener Austausch – Perspektiven gegen Frauenarmut

Im offenen Austausch nach den Fachimpulsen diskutierten die Teilnehmenden zentrale Fragen: Wie lassen sich strukturelle Veränderungen anstoßen, um Frauen besser vor Altersarmut zu schützen? Wie kann die eigenständige Existenzsicherung von Frauen gestärkt werden? Und was braucht es gesellschaftlich, damit Familienarbeit partnerschaftlich aufgeteilt wird?

> Strukturelle Ursachen klar benennen. Deutlich wurde: Frauen sind häufig mehrfach benachteiligt. Die Berufswahl orientiert sich oft an der Vereinbarkeit mit Sorgearbeit, was sich negativ auf Einkommen und Karrierechancen auswirkt. Unterbrechungen durch Kinderbetreuung oder Pflege, Teilzeit und Minijobs führen nicht nur zu kurzfristigen Einbußen, sondern haben massive Auswirkungen auf Rentenansprüche. Viele Frauen kehren nach einer Familienphase nicht in ihren erlernten →

Von links nach rechts: Barbara Baur (Vorsitzende des Landesverbandes Alleinerziehender Mütter und Väter e.V.), Heike Fiestas Cueto (Vorstandsmitglied des LFR BW), Prof.in Dr. Ute Mackenstedt (Erste Vorsitzende des LFR BW, Gleichstellungsbeauftragte der Universität Hohenheim), Margrit Roder-Oeschger (Diplom Volkswirtin, Steuerberaterin), Gabriele Wydra-Somaggio (wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Rheinland-Pfalz-Saarland)



Beruf zurück, sondern weichen in geringer qualifizierte Tätigkeiten aus. Auch das Bewusstsein für die eigene finanzielle Absicherung fehlt häufig, insbesondere in stabilen Partnerschaften.

> **Care-Arbeit endlich fair bewerten.** Ein zentrales Anliegen der Diskussion war die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung von Care-Arbeit. Vorschläge wie ein Erziehungsgehalt, die Möglichkeit zur Übertragung von Rentenpunkten zwischen Partnern oder Modelle wie Jobsharing und Caresharing zeigen auf, wie unentgeltliche Sorgearbeit besser berücksichtigt werden könnte. Eine faire Aufteilung der Elternzeit wurde als wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichstellung hervorgehoben.

> **Beratung als Schlüssel zur Selbstbestimmung.** Immer wieder betonten die Teilnehmenden die enorme Bedeutung von Beratung und zwar möglichst frühzeitig und kontinuierlich. Finanzielle Bildung, Berufsorientierung und Lebensplanung müssen Bestandteil schulischer Bildung werden. Jugendliche sollen für Lebensrealitäten sensibilisiert und vorbereitet werden, idealerweise auch im Dialog mit ihren Eltern. Damit Frauen fundierte Entscheidungen treffen können, brauchen sie frühzeitige, niedrigschwellige und lebensnahe Informationen, nicht erst dann, wenn Lücken schon entstanden sind.

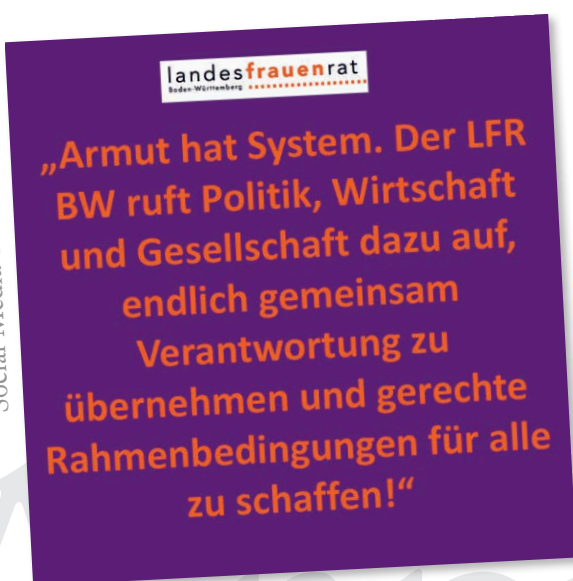
> **Kinderbetreuung neu denken.** Klar ist, dass Kinderbetreuung den Dauerbrenner darstellt, aber Kitas allein werden den Bedarf auf absehbare Zeit nicht decken. Umso wichtiger ist es, ergänzende Strukturen zu fördern. Netzwerke in der Nachbarschaft, geteilte Betreuungsmodelle oder gegenseitige Unterstützung unter Familien können eine wichtige Ergänzung sein. Eine landesweite Initiative zur Förderung solcher Netzwerke könnte hier neue Wege eröffnen.

> **Politischer Rahmen und gesetzliche Reformen.** Neben gesellschaftlichen Veränderungen braucht es auch politischen Handlungswillen. Genannt wurden u. a. eine Reform des Unterhaltsvorschlusses, verbindlichere Unterhaltsregelungen sowie die Möglichkeit, Rentenpunkte partnerschaftlich auszugleichen. Auch die Notwendigkeit, mehr Frauen in politische Entscheidungspositionen zu bringen, wurde betont, denn wer mitredet, kann mitgestalten.

Fazit: Frauenarmut hat viele Gesichter – und eine klare Ursache

Das Armutsrisiko von Frauen zieht sich durch alle Lebensphasen – von der Ausbildung über die Familienzeit bis hin zum Ruhestand. Oft ist Armut unsichtbar, aber sie bedeutet Einschränkungen in allen Lebensbereichen: beim Wohnen, bei Ernährung, Gesundheit und sozialer Teilhabe. Ein zentrales Fazit des Austauschs lautete daher: Frauenarmut ist keine individuelle Schwäche, sondern Ausdruck struktureller Benachteiligung.

Umso wichtiger werden die Forderungen des LFR BW, finanzielle Unabhängigkeit von Frauen aktiv zu fördern – durch politische Reformen, gesellschaftliches Umdenken und frühzeitige Aufklärung. Beratung, Bildungsarbeit, Anerkennung von Sorgearbeit und gerechte Rahmenbedingungen sind entscheidende Hebel auf dem Weg zu echter ökonomischer Gleichstellung.



Konferenz der Landesfrauenräte 2025 in Halle (Saale)

Starke Stimme für Frauenrechte in Zeiten des Gegenwinds

Vom 5. bis 7. September 2025 trafen sich die Landesfrauenräte aus 15 Bundesländern zur jährlichen Konferenz in Halle (Saale). Der LFR BW war durch Prof.in Dr. Ute Mackensedt und Carmen Kremer vertreten.

Ziel der Konferenz war es, die Gleichstellungs- und Frauenpolitik in Deutschland zu stärken – vor dem Hintergrund zunehmender Angriffe auf Frauenrechte und wachsender Kritik an gleichstellungspolitischen Maßnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

Die zentrale Botschaft, die von den Vorständinnen und Geschäftsführerinnen ausging, war eindeutig: »Wir sind eine laute und starke Stimme für Frauen und Mädchen – bundesweit.«

Fachtagung: Gemeinsam laut gegen Antifeminismus

Ein Höhepunkt der Konferenz war die öffentliche Fachtagung »Gemeinsam laut-Solidarisch gegen Antifeminismus« am 6. September im Stadthaus Halle.

Den Impulsvortrag hielt Judith Rahner, Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats, zum Thema: »Demokratie im Stresstest?! Antifeminismus erkennen und begegnen«

In ihrem Vortrag beleuchtete sie drei zentrale Aspekte:

1. Einordnung von Antifeminismus als Strategie
2. Erscheinungsformen und Auswirkungen auf die Gleichstellungsarbeit
3. Bedarfe, Handlungsansätze und Ideen für die Praxis.

In vier thematischen Workshops wurde die Diskussion vertieft. Das Resultat der Veranstaltung war klar: Es braucht eine solidarische, demokratische Gesellschaft, die Antifeminismus aktiv entgegentritt.

Antragsberatungen am 7. September

Am Abschlusstag standen die Antragsdiskussionen im Mittelpunkt. Beschlossen wurden folgende Anträge:

1. **Flächendeckende Hebammenversorgung sicherstellen** (Landesfrauenräte Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt)
2. **Barrierefreie gynäkologische Versorgung absichern** (Landesfrauenrat Bremen)
3. **Mobilität der Zukunft geschlechtergerecht gestalten und umsetzen** (Landesfrauenrat Baden-Württemberg & Sachsen-Anhalt)
4. **Gender Budgeting: Frauen zählen** (Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt)

Fazit: Dranbleiben und laut bleiben

Die Konferenz der Landesfrauenräte hat deutlich gemacht, dass die Gleichstellungspolitik in Deutschland unter Druck steht. Die Herausforderungen sind groß – doch ebenso groß ist die Entschlossenheit, sich weiterhin für die Rechte von Frauen und Mädchen stark zu machen.

Mit vereinter Stimme setzen sich die Landesfrauenräte für eine demokratische, vielfältige und geschlechtergerechte Gesellschaft ein.

Bündnis GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS

KI braucht Kontrolle: Die Frage ist, was wir wollen und dann auch regeln

Schwerpunkt »Sexismus & KI in der Arbeitswelt« beim Bündnis gegen Sexismus

Das Bündnis des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegen Sexismus widmet sich in regelmäßigen Terminen jeweils einem Schwerpunktthema. Der LFR BW ist Mitglied im Bündnis. Besonders interessant war die Veranstaltung zu »Sexismus & KI in der Arbeitswelt« am 23. Juni 2025, an der digital über 300 Personen teilnahmen. Die neue Bundesministerin Karin Prien wies darauf hin, dass Sexismus nicht nur der/m Einzelnen, sondern der Gesellschaft schadet. Neben einem offenen Herangehen an KI, das fair und gerecht sein müsste, müssten aber auch die Gefahren bedacht werden. Auf Nachfrage, wie die Gleichstellung breit aufgestellt werden könne, wurde darauf hingewiesen, dass die Koalition vereinbart hätte, eine Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie zu entwickeln.

In dem Vortrag von Hanna Völkle, EAF, »Wenn Algorithmen (mit)entscheiden – KI und Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt: Ursachen von Algorithmic Bias« wurde auf die Auswirkungen hingewiesen: Unfaire Produkte,

verzerrte Daten, falscher Einsatz. Die Geschlechtergerechtigkeit müsse sich auf den Zugang zu Ressourcen, zur Nutzung digitaler Technologien und zur Gestaltung beziehen. Der Dritte Gleichstellungsbericht des BMFSFJ enthielte gute Empfehlungen.

Teresa Staiger vom Projekt reframe[Tech] der Bertelsmann-Stiftung wies in ihrem Vortrag »KI ist nicht neutral, aber gestaltbar« auf folgendes hin: Trainingsdaten werden mit vorhandenen Daten gefüttert, die verstärkt sexistische Bilder beinhalten und daher auch wiedergeben. »Technologie ist nicht gut, nicht böse – aber auch nicht neutral« (nach Melvin Kranzberg, 1986). Gestaltbar sei sie über: Bewusstsein schaffen, sensibilisiert sein, sorgfältige Prompts nutzen, Output und KI-Nutzung stets kritisch hinterfragen. In Unternehmen müsse die technische und strukturelle Verantwortung übernommen werden, z. B. technisch: De-biasing-Methoden, kuratiertes Trainingsmaterial, kleinere zielgerichtete Modelle, Diversität in Entwicklerteams fördern. Strukturelle Ansätze beinhalten Transparenz & Nachvollziehbarkeit, Ethik & Rechenschaftspflicht, Risikomanagement & Governance, Faire Geschäftsmodelle & gemeinwohlorientierte KI fördern.

Von der gemeinnützigen Organisation AlgorithmWatch in Deutschland und der Schweiz erläuterte Kira Mössinger den Ansatz »AlgorithmWatch deckt algorithmische Diskriminierung auf«: Es werden Fälle gesammelt, um mehr Aufmerksamkeit für diese Form der Diskriminierung zu schaffen. Meldungen sind möglich über deren Website. Ein neues Projekt »Findhr« ist ein interdisziplinäres Horizon Europe-Projekt, um diskriminierende Auswirkungen von Software im Bereich der Personalauswahl (Recruiting) zu begegnen und Methoden, Tools und Trainings zu entwickeln, um diese zu vermeiden.

EU-Gesetz zur künstlichen Intelligenz

The EU AI Act is the world's first comprehensive AI law. It aims to promote innovation and uptake of AI, while ensuring a high level of protection of health, safety and fundamental rights, including democracy and the rule of law.

landesfrauenrat
Baden-Württemberg

Frauengeschichte sichtbar machen

Einladung zur Mitwirkung an der Digitalen Landkarte der Frauenerinnerungsorte in Baden-Württemberg

Frauen haben Geschichte geschrieben – in Städten, Gemeinden und Regionen überall in Baden-Württemberg. Doch ihre Spuren sind im öffentlichen Raum oft kaum sichtbar. Genau hier setzt das Projekt des Landesfrauenrats Baden-Württemberg (LFR BW) an: Mit der **digitalen Landkarte der Frauenerinnerungsorte** machen wir das Wirken bedeutender Frauen dort sichtbar, wo sie gelebt, gearbeitet und unsere Gesellschaft mitgeprägt haben.

Ob als Kommune, Institution, Verein oder engagierte Einzelperson, wir laden Sie herzlich ein, Teil dieses wachsenden Erinnerungsprojekts zu werden. Die Karte ist öffentlich zugänglich, leicht in kommunale Webseiten integrierbar und lässt sich hervorragend in kulturelle oder touristische Angebote einbinden.

Warum das Projekt heute wichtiger ist denn je

Noch immer werden die Leistungen von Frauen, sei es in Politik, Gesellschaft, Wissenschaft oder Kultur, zu wenig gewürdigt. Ein bekanntes Beispiel dafür ist der sogenannte **Matilda-Effekt**: Er beschreibt, wie die Beiträge von Wissenschaftlerinnen systematisch übersehen oder Männern zugeschrieben wurden, ein Muster, das sich leider bis heute in ungleichen Karrierechancen, geringerer Sichtbarkeit und fehlender Anerkennung fortsetzt. (<https://www.lfrbw.de/2025/07/matilda-effekt-pionierinnen-der-forschung/>) Solche Mechanismen wirken auch im öffentlichen Gedächtnis. Viel zu wenige Frauen sind im Stadtbild mit Denkmälern, Tafeln oder anderen Erinnerungszeichen präsent. Aus diesem Bewusstsein heraus entstand unsere digitale Landkarte. Sie schafft Raum für weibliche Geschichte, erinnert an Vorbilder und macht weibliche Leistungen dauerhaft sichtbar.

Durch diese Sichtbarmachung geht es nicht nur um historische Gerechtigkeit, sie setzt auch ein Zeichen für Gegenwart

FRAUENORTE in Baden-Württemberg



und Zukunft, für Anerkennung, gleiche Teilhabe und ein kollektives Erinnern, das Frauen nicht länger ausschließt.

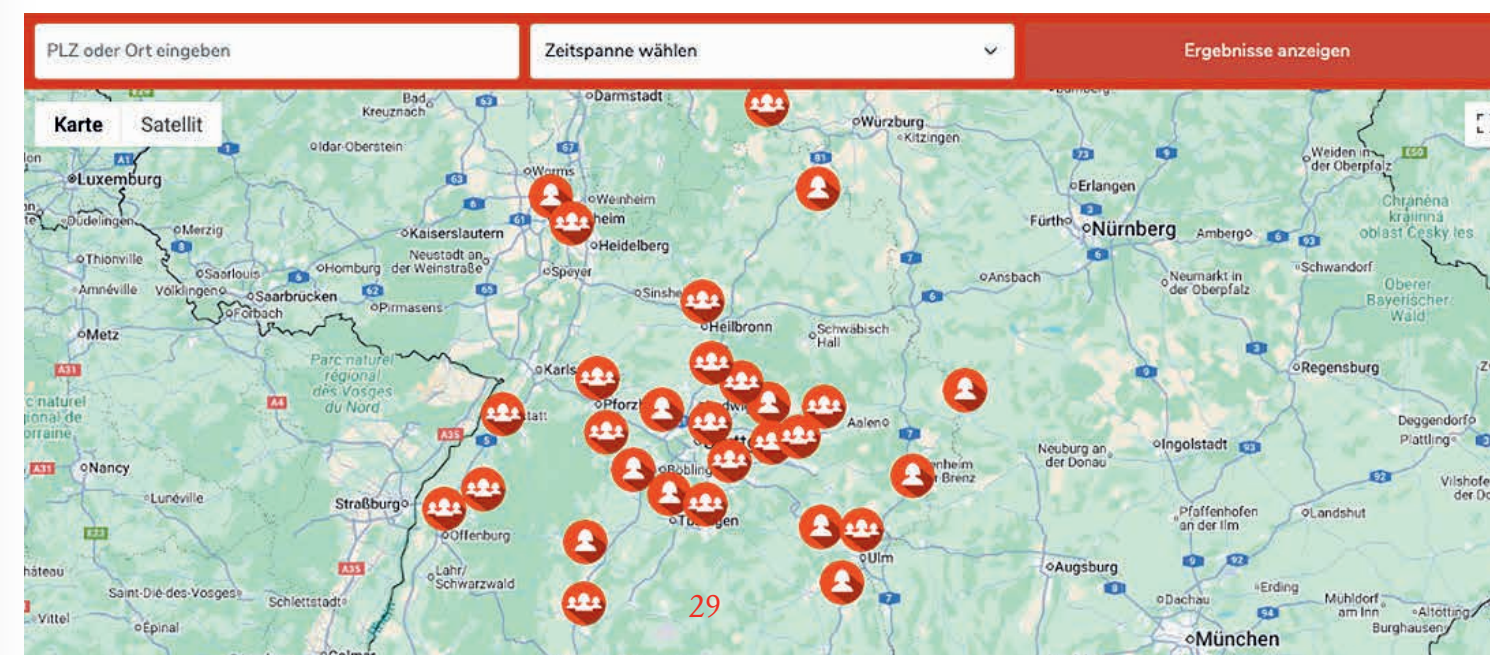
Ihr Beitrag zählt – so können Sie mitmachen

Damit ein Erinnerungsort aufgenommen werden kann, benötigen wir folgende Angaben:

- > **Physischer Erinnerungsort** (z. B. Gedenktafel, Stele, Skulptur) mit genauer Adresse (Hinweis: Straßennamen ohne weiteren Bezug gelten nicht als Erinnerungsorte.)
- > **Name und Lebensdaten** der Frau
- > **Stichworte zur Begründung** der Ehrung
- > **Foto des Erinnerungsorts und Porträt der Frau** (jeweils mit Angaben zu den Bildrechten)
- > **Optional: Kurzbiografie oder Würdigung** (max. 4.000 Zeichen inkl. Leerzeichen)
- > **Optional: weiterführende Literaturhinweise oder Links**

Wenn Sie die vollständigen Daten liefern, übernehmen wir im Rahmen unserer personellen und finanziellen Mittel die Eintragung in die Landkarte.

Für Fragen und Vorschläge stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge und das gemeinsame Engagement für eine vielfältigere Erinnerungskultur!



Mut zur Kontroverse – Komplexe Themen aktiv bearbeiten

Die AKs und AGs des LFR BW

Der LFR BW nutzt die Expertise seiner Mitgliedsverbände und Delegierten, indem wir uns in Gruppen zusammenschließen, um komplexe Themen zu vertiefen und Vorschläge für den LFR BW zu erarbeiten. Es wurden im Jahr 2025 sowohl Arbeitskreise (AK), also von der Delegierten-

versammlung beschlossene Arbeitsgruppen eingerichtet, als auch Arbeitsgemeinschaften (AG) aus Mitgliedern des Vorstands gebildet. Wir sind dankbar für die breite Expertise und das dauerhafte Engagement unserer Mitglieder.

AK Eizellspende und Leihmutterschaft

Der vom LFR BW eingesetzte Arbeitskreis »Eizellspende und Leihmutterschaft« wurde am 21. März 2025 durch die Delegiertenversammlung beschlossen und wird von Carmen Kremer aus dem Vorstand des LFR BW geleitet. Neun engagierte Frauen arbeiten seither regelmäßig an der inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesem sensiblen und vielschichtigen Themenfeld. Bei den Sitzungen wurde deutlich, wie breit das Spektrum an Perspektiven und Positionen ist, das es zu berücksichtigen gilt.

Die Grundlage des Arbeitskreises bildet ein Beschluss der Delegiertenversammlung vom November 2024, in dem der LFR BW sich grundsätzliche zur Eizellspende positioniert hat. Aufbauend darauf entsteht aktuell ein Papier für die

Mitgliedsverbände. Der Fokus lag bisher auf dem Aspekt der Beratung im Kontext der Eizellspende. Dabei werden die Bedürfnisse und Sichtweisen von Wunscheltern, Kindern und Spenderin gleichermaßen betrachtet, um ein umfassendes Bild zu zeichnen. Diese differenzierte Herangehensweise macht die Diskussion besonders anspruchsvoll. Ein Sondertermin Ende Oktober diente der vertieften Auseinandersetzung und stellte nochmals Pros und Kontras gegenüber, um die verschiedenen Argumenten besser abwägen zu können und so maßgeblich zur Klärung zentraler Fragestellungen beizutragen. Die Thematik der Leihmutterschaft steht noch auf der Agenda und wird in einem nächsten Schritt bearbeitet.

AG Landtagswahl 2026 – Frauen wählen. Frauen stärken. Land gestalten.

Der LFR BW engagiert sich im Vorfeld der Landtagswahl 2026 mit einer breiten Kampagne unter dem Motto: »Am 8. März ist Landtagswahl: Frauen wählen. Frauen stärken. Land gestalten.« Ziel ist es, gleichstellungspolitische Anliegen sichtbar zu machen und Frauen zur aktiven Teilhabe an der politischen Willensbildung zu ermutigen. Im Mittelpunkt stehen dabei zentrale Forderungen, die aus Sicht des LFR BW für eine demokratische, gerechte und zu-

kunftsfähige Landespolitik unverzichtbar sind. Mit einer Mischung aus analogen und digitalen Formaten – darunter eigens gestaltete Postkarten in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie Social-Media-Reels mit prägnanten Statements der Vorstandsfrauen – richtet sich die Kampagne an eine breite Öffentlichkeit. Sie will nicht nur informieren, sondern auch mobilisieren: Frauen sollen ihre Stimme nutzen, um politische Prozesse mitzugestalten und gleichstellungspolitische Themen gezielt zu stärken.

In den Reels und auf den Postkarten stehen die inhaltlichen Kernforderungen des Landesfrauenrats im Zentrum. Dazu gehört die **konsequente Entwicklung und Umsetzung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie**, die nicht in Einzelzuständigkeiten versickert, sondern unter Federführung des Staatsministeriums verbindlich vorangetrieben wird. Ebenso fordert der LFR BW die zügige **Umsetzung des Gewalthilfegesetzes** in Baden-Württemberg, inklusive einer gesicherten Finanzierung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Fachorganisationen, um insbesondere Gewalt gegen Frauen und Mädchen wirksam zu bekämpfen.

Dringend notwendig ist auch eine **Novellierung des Chanceng**, insbesondere die vollständige Umsetzung der 16 Handlungsempfehlungen aus der Evaluation von 2022.



Postkarte für die Landtagswahl 2026

Nur so lässt sich Gleichstellung im öffentlichen Dienst nachhaltig sichern. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die **flächendeckende und wohnortnahe Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch** – als medizinische Grundversorgung, die Frauen in Notlagen absichert und gleichzeitig das Fachpersonal unterstützt.

Darüber hinaus macht sich der LFR BW stark für die **Entwicklung wirksamer Strategien gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus**. Denn antifeministische Haltungen untergraben nicht nur gleichstellungspolitische Errungenschaften, sondern stellen auch eine Gefahr für das demokratische Miteinander dar. Schließlich fordert der LFR BW die **Einführung des Nordischen Modells zur Bekämpfung von Ausbeutung in der Prostitution**: Ein

Ansatz, der den Sexkauf verbietet, während er Betroffene schützt, Ausstiegshilfen bietet und Aufklärung über einvernehmliche Sexualität fördert.

Hintergrund und Zielsetzung

Die Kampagne zielt darauf ab, die Bedeutung des Wahlrechts, die aktive Beteiligung von Frauen sowie gleichstellungspolitische Themen sichtbar in den öffentlichen Diskurs zu bringen.

Dieses koordinierte Vorgehen aus analogen (Postkarten) und digitalen (Social Media) Kanälen richtet sich sowohl an die breite Öffentlichkeit als auch an politische Entscheidungsträger:innen, um die Forderungen des LFR BW stärker ins Zentrum der Landtagswahl 2026 zu rücken.

AG Männervorbilder: Raus aus den Stereotypen – Klischee war gestern

Der Fachtag des LFR BW im Juni 2024 befasste sich mit Rollenstereotypen. Es wurden viele Ideen gesammelt, wie wir uns von den starren Vorbildern lösen können. Der Vorstand des LFR BW hat dann auf seiner Klausur im Januar 2025 entschieden, die Ideen zu einer Kampagne in einer Arbeitsgruppe aufzunehmen. Wir haben bereits Kontakte geknüpft und prüfen, wie wir eine Kampagne mit Fotograf:innen und anderen Akteur:innen möglichst kostensparend oder mit Fördergeldern umsetzen könnten. Wir werden uns auch mit anderen Organisationen über eine Zusammenarbeit austauschen. Ein Brainstorming mit männer.bw und der LAG Jungen*- und Männer*arbeit BW ist im November 2025 geplant. Seien Sie gespannt auf unsere Kampagne.



Einladung zum Fachtag des LFR BW

AK des LFR BW und Mitgliedschaft im BW-weiten Bündnis – Umsetzung des Gewalthilfegesetzes (GewHG) in Baden-Württemberg

Die Ampelkoalition und der Bundesrat haben noch auf den letzten Metern im Januar und Februar 2025 das Gewalthilfegesetz beschlossen. Damit wurde die finanzielle Beteiligung des Bundes am Aufbau eines flächendeckenden Hilfesystems und zum ersten Mal ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder implementiert. Seit 2022 gab es dazu einen runden Tisch von Bund und Ländern und wurde unter Einbeziehung der Fachverbände an einem Gesetzentwurf gearbeitet. Aber erst im November 2024 nahm das Gesetzgebungsverfahren tatsächlich Fahrt auf und wurde in den parlamentarischen Abstimmungsprozess eingespeist. Die **Basis des Gewalthilfegesetzes waren jedoch längst** die Umsetzungspflichten aus der Istanbul Konvention des Europarats, die am 1. Februar 2018 in Deutschland geltendes Recht wurde, der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition vom Dezember 2021 und die EU-Gewaltschutzrichtlinie von 2024. Aus allen diesen ergaben sich gesetzgeberische Pflichten für Deutschland.

Die Umsetzung musste nun aber in den Bundesländern gestartet werden, denn dort sind sowohl eine Bestandsaufnahme als auch eine Bedarfsanalyse der Hilfesysteme bis 2027 zu erstellen. Die Umsetzungsphase und damit Ausstattung der Hilfesysteme hat danach bis 2036 zu erfolgen. An dieser Phase wird sich der Bund mit 2,6 Milliarden EUR beteiligen. Der **Rechtsanspruch der Betroffenen** auf Schutz und Beratung besteht dann ab dem Jahr 2032.

In dem AK Umsetzung GewHG des LFR BW arbeiten rund 25 Frauen unter der Leitung der Zweiten Vorsitzenden Verena Hahn mit. Es werden dort Forderungen des LFR BW zu den verschiedenen Phasen formuliert, um den Prozess des Landes unter Leitung der Stabsstelle GewHG des Sozialministeriums zu unterstützen. Der LFR BW ist aber auch Mitglied in dem **BW-weiten Bündnis**, das sich aus Fachberatungsstellen, Frauenhäusern und zahlreichen weiteren Expertinnen zusammensetzt. Auch dort werden Positionen erarbeitet, um die Umsetzung in Baden-Württemberg koordiniert begleiten zu können.

Rundbrief – Ausgabe 2025
Publikation des Landesfrauenrates
Baden-Württemberg

Herausgeberin
Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Gymnasiumstraße 43
70174 Stuttgart

Redaktion
Redaktionsteam des Landesfrauenrates
Baden-Württemberg

Nicht namentlich gekennzeichnete
Artikel sind vom Redaktionsteam
erstellt.

Design
Strohm – Büro für Gestaltung
www.strohm-gestaltung.de

Fotos
Seite 09
©Lightfield Studios/stock.adobe.com

Soweit nicht anders gekennzeichnet:
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Druck
WIRmachenDRUCK GmbH
Illerstraße 15
71522 Backnang

Download
Diese Version gibt es auch zum
kostenlosen Download auf unserer
Website:
www.lfrbw.de
www.facebook.com/landesfrauenratbw

Unterstützt vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Integration
Baden-Württemberg